

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1926

8.7.1926 (No. 226)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung mit Industrie- und Handelszeitung

Begr. 1803 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Begr. 1803

Hauptredaktion: Dr. C. C. Caser, Bernauerstraße 10, Karlsruhe; Dr. Frig. Ehrhard; für den Nachdruck: Hans Zeh; für den Handel: Heinz Kappel; für die Stadt, Baden, Hochalpen und Sport: Heinrich Gerhardt; für die Industrie und „Pyramide“: Karl Jobe; für Kunst: Anton Kubold; für die Frauenbewegung: Bräulein Dr. E. Zimmermann; für Anzeigen: Dr. Schröder; sämtlich in Karlsruhe. Druck u. Verlag: G. S. Müller, Karlsruhe, Ritterstraße 1. Berliner Redaktion: Dr. H. Jäger, Berlin-Siegels, Sedanstraße 17. Telefon Amt Siegel 1119. Für unvollständige Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion von 11 bis 12 Uhr vorm. Verlags-Schließung u. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechanlagen: Nr. 18, 19, 20, 21, 297, 1923. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 9547.

Der Konflikt um Dr. Luther.

Der Streit zwischen Preußen und dem Reich um die Ernennung Luthers zum Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

Die preussische Regierung ruft den Staatsgerichtshof an.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

Dr. R. J. Berlin, 7. Juli.

Der Konflikt zwischen der Reichsregierung und Preußen wegen der Ernennung Dr. Luthers zum Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat leider eine bedeutende Zuspitzung erfahren. Nach Ansicht der Reichsregierung soll im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft die deutsche Volkswirtschaft durch sachkundige Persönlichkeiten vertreten sein. Nach diesem Grundsatze ist bei der Ernennung der Mitglieder des Verwaltungsrates verfahren worden und die Praxis habe gezeigt, daß damit das richtige getroffen worden sei, da der Verwaltungsrat der Reichsbahn bisher in voller Einmütigkeit seine Tätigkeit nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgeübt habe. Das preussische Ministerium erhebt nun den Einspruch, die vacante Stelle von sich aus zu besetzen. Das Reichskabinett erklärte sich mit diesem Vorschlag nicht einverstanden, und machte, als die Verhandlungen mit Preußen nicht zu einem Ergebnis führten, von seiner Ernennungsvollmacht Gebrauch, die dem Reichskabinett nach seiner Meinung zustand.

Mit diesem Tatbestand hat sich der preussische Ministerpräsident Braun heute im Landtag auseinandergesetzt. Er vertrat die Anschauung Preußens, schenke in seiner Polemik gegen die Reichsregierung nicht vor den heftigsten Ausdrücken, wie „Brüstlerung“ und „Rückwärtslicht“, zurück und fand, was das bemerkenswerteste an der ganzen Angelegenheit ist, mit seiner Rede, wie sich aus der nachfolgenden Debatte ergab, die uneingeschränkte Zustimmung des ganzen Hauses.

Die preussische Regierung wendet sich nun an den Staatsgerichtshof. Was diese Juristen für ein Urteil fällen wird, und ob dadurch der behauptete Streit beigelegt wird, muß man abwarten. In den Kreisen der Reichsregierung betrachtet man die Lage ohne Erregung und glaubt an gütliche Beilegung des Konflikts. Das Bedauerlichste an dem ganzen Falle ist, daß ein so hochverdienter Mann wie Dr. Luther, gegen dessen Persönlichkeit auch die preussische Regierung nichts einzuwenden hat, der Gegenstand eines derartigen unehelichen Konfliktes sein muß.

Die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten.

VDZ, Berlin, 7. Juli.

Im preussischen Landtag gelangte heute eine große Anfrage der Regierungspartei zur Beratung über die Berufung des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther in den Verwaltungsrat der Reichsbahn, ob diese Berufung mit Einverständnis des Staatsministeriums erfolgt sei. Zur Beantwortung der Anfrage

Ministerpräsident Braun

und führte u. a. aus:

Ich habe in einer eingehenden Unterredung mit dem Herrn Reichskanzler die Rechtsangelegenheiten Preußens für die Bezeichnung des freigebliebenen Postens im Verwaltungsrat der Reichsbahn dargestellt. Ich habe diese Ansprüche begründet und darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung sie aufrechterhalten müsse. Der Reichskanzler hat zugestimmt, die Angelegenheit dem Reichsverkehrsminister vorzutragen und im Kabinett darüber zu beraten. Unter dem 5. Juli hat dann

der Reichskanzler an die preussische Staatsregierung

folgende Schreiben gerichtet:

Ich beehre mich, ergebenst mitzuteilen, daß die Reichsregierung auch nach nochmaliger eingehender Prüfung der Rechtslage zu dem Ergebnis gekommen ist, daß ein Einspruch gegen die freie Ernennung einer Persönlichkeit für die freie Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn nicht gegeben ist. Die Reichsregierung hat den Reichskanzler a. D. Dr. Luther zum Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn ernannt.

Die Staatsregierung hat sich gestern mit dieser Mitteilung der Reichsregierung beschäftigt und unter dem heutigen Datum dem Herrn Reichskanzler folgende Antwort

gegeben:

„Die preussische Regierung bedauert auf das Lebhafteste, daß sich die Reichsregierung zu einer derartigen offenkundigen Präsumtion des Landes Preußen hat entschließen können. Die Reichsregierung hat nicht einmal den Versuch gemacht, den eingehend begründeten Rechtsstandpunkt Preußens zu widerlegen und den Nachfolger des seinerzeit auf den Vorschlag Preußens ernannten Geheimen Kommerzienrats Arnhold ernannt, ohne mit der preussischen Regierung darüber Fühlung zu nehmen. Die preussische Regierung wird zur Feststellung der Rechtslage eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes herbeiführen. Die Persönlichkeit des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther scheidet, wie ich ausdrücklich betonen möchte, bei dieser Erörterung der Angelegenheit völlig aus.“

Die oben von mir gekennzeichnete Erledigung dieser Angelegenheit bedeutet eine Rückschritt-Linie gegen die preussische Regierung, die sie nach ihrer ganzen bisherigen Einstellung und ihrem außerordentlich entgegenkommenden Verhalten von der Reichsregierung nicht erwarten konnte und die zu meinem lebhaften Bedauern zur Folge haben muß, daß die zu einer erprobtesten Führung der Reichs- und Staatsgeschäfte so notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und der Regierung des Landes, das mehr als die Hälfte des Reiches ausmacht, durch Schuld der Reichsregierung in Zukunft sehr erschwert wird.“

Der Standpunkt der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

WTB, Berlin, 7. Juli.

Die Blätter erfahren von der Reichsbahn: Die durch den Tod des Geh. Kommerzienrates Arnhold freigewordene Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn, in die jetzt von der Reichsregierung der frühere Reichskanzler Dr. Luther gewählt worden ist, hat Anlaß zu Verhandlungen mit der preussischen Staatsregierung

gegeben. Diese hat das Recht in Anspruch genommen, daß die von ihr vorgeschlagene Persönlichkeit auch von der Reichsregierung ernannt werden müsse. Eine entsprechende Zulage war 1924 für das „Unternehmen Deutsche Reichsbahn“ gegeben worden. Doch hat die Gründung der Reichsbahngesellschaft die Lage geändert. Der Anspruch der preussischen Regierung ist also durch die Rechtslage nicht begründet.

Die Unwetter dauern an.

Dresden, 7. Juli.

Eine furchtbare Unwetterkatastrophe, wie sie seit 1870 nicht zu verzeichnen gewesen ist, suchte am Dienstag nachmittag die Gegend von Bischofswerda heim. In Plauen, Strahlen und Säueren wurde unübersehbarer Schaden angerichtet. Am schwersten wurde der Ort Burkau heimgeschlagen. Auf die umliegenden Dörfer ging über eine Stunde lang ein Volksbruch nieder. Mit elementarer Gewalt schloffen die Wassermassen die Berge herab, ergossen sich in die Dörfer und rissen alles mit sich fort. Viel Kleinvieh ist in den Fluten umgekommen. Der Ort Burkau bietet ein schreckliches Bild der Verwüstung. In Demnitz-Humitz kamen die Fluten auf den Bahngelassen der Strecke Görlitz-Dresden angewälzt und ergossen sich in die Bahnanlagen, die unter Wasser gesetzt wurden. Auch weiterhin nach Bautzen stehen die Kartoffelfelder unter Wasser.

In der Umgebung von Kamenz setzte eine Windböje die Dächer von Bauerngehöften ab, entwurzelte starke Bäume und schleuderte einen beladenen Feuerwagen 50 Meter weit. Auch in Pommeren richteten Unwetter und Blitzschläge erheblichen Schaden an. Der Turm der Kirche von Krakow wurde von einem Blitz getroffen, jedoch konnte das Feuer bald gelöscht werden. In Schleffen wurden durch Blitzschläge die Hochspannungsleitungen im Kreise Schneidwitz zerstört, so daß die Landwirtschaft stundenlang ohne Strom war. In verschiedenen Stellen wurden die Bahnanlagen unterpflügt, so daß der Bahnverkehr unterbrochen werden mußte.

Die Finanzdebatte in der französischen Kammer.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

S. Paris, 7. Juli.

Die große Finanzdebatte der französischen Kammer wurde heute fortgesetzt mit zwei bemerkenswerten Reden eines Radikalsozialisten und eines Sozialisten über die Washingtoner Verträge. Für die Radikalsozialisten sprach Franklin-Bouillon, der Vorsitzende der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten, und für die Sozialisten deren Führer Blum. Beide bemängelten die Washingtoner Verträge. Franklin-Bouillon bemängelte besonders die Höhe der Schuldsomme, das Fehlen der Sicherheitsklausel und die Möglichkeit der Kommerzialisierung der Schuldscheine Frankreichs, die auf diese Weise eines Tages von Deutschland Frankreich präventiv werden könnten.

Franklin-Bouillon greift die damaligen französischen Friedensunterhändler scharf an, weil sie nicht auf einer Regelung der interalliierten Schulden bestanden hätten, und zwar in dem Sinne, daß Frankreich seiner Schuldverpflichtung ledig sei,

weil es selbst zu große Opfer während des Krieges gebracht habe. Franklin-Bouillon greift auch den französischen Unterhändler in Washington, Berger, an. Briand habe zwar gesagt, man müsse das Washingtoner Schuldenabkommen ratifizieren, um Kredit zu erhalten, aber davon stünde in dem Washingtoner Abkommen gar nichts.

Briand greift in die Debatte ein und warnt vor übereilten Beschlüssen. Die Kammer könnte über das Washingtoner Abkommen noch gar nicht urteilen, da sie die Unterlagen darüber noch gar nicht kenne.

Der Führer der Rechtsopposition, Marin, weist darauf hin, daß die Regierung in der Regierungserklärung angekündigt habe, daß sie wegen der Ratifizierung des Schuldenabkommens die Verträge in Frage stellen werde. Der Sozialist Blum erklärte, daß die Kammer jetzt deutlich Stellung nehmen müßte zu

dem Plan der Sachverständigen der Regierung und dem der Sozialisten. Seiner Ansicht nach müßten sich auch die Radikalen dem sozialistischen Sachverständigenantrag anschließen, und zwar auf Grund der Beschlüsse des Parteikongresses von Nizza. Der Sachverständigenplan der Regierung erscheine den Sozialisten untragbar, denn

auf jeder Seite launere die Inflation, die die Sozialisten, koste es, was es wolle, bekämpfen müßten. Infolgedessen müßte man auch die Finanzpläne Caillaux bekämpfen, die sich in lauffähige an das Sachverständigenanträge anschließen. Die Regierung verlaun gewisse Vollmachten von der Kammer zur Verwirklichung ihrer Steuerpläne. Diese Vollmachten lehnen die Sozialisten ab, denn das verträge sich nicht mit der nationalen Souveränität.

Die Rede Blums wird um eine Stunde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung kämpft Blum noch Einzelheiten aus dem Washingtoner Abkommen und vor allen Dingen wendet er sich gegen das Projekt einer ausländischen Anleihe. Die Sozialisten hatten ursprünglich eine Kapitalabgabe der Anleihe gegenübergestellt, später hatten sie die Abgabe der Inflation gegenübergestellt.

heute müssen sie auf der Kapitalabgabe bestehen,

um Anleihe und Inflation zu bekämpfen.

Hierauf wird die Fortsetzung der Debatte auf morgen, Donnerstag, verlagert. Es ist unerkennbar, daß sowohl die Rede Franklin-Bouillons, als auch die des Sozialisten Blum bis weit in die Rechte hinein zum Teil starken Beifall gefunden hat. Wie die Entscheidung, die übrigens kaum vor Freitag nach zu erwarten ist, ausfallen wird, weiß niemand. Die Entscheidung selbst liegt bei der Rechten. Enthält sich diese der Stimme, so kann Caillaux mit einer nicht unbeträchtlichen Mehrheit rechnen.

Stellenbesetzung und Parteipolitik.

Das Reichskabinett hat die politische Hochspannung der beiden letzten Wochen heil und glücklich überstanden. In seiner Zusammenfassung wird sich nach der parteipolitischen Seite bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages nichts mehr ändern. Nur in einem Falle soll noch eine Ergänzung des gegenwärtigen Bestandes vorgenommen werden, und zwar voraussichtlich schon in der nächsten Zeit. Der Reichskanzler besetzt neben seinem eigentlichen Amt nominell noch zwei andere Ministerien, das der Reichsjustiz und das der bestetzten Gebiete. Diese Vereinerung von mehreren Ministern in einer Person war von vornherein nur als Ubergangsgedacht. Die Unsicherheit, die durch den Volksentscheid und die Krisis der darauffolgenden beiden Wochen in unsere politischen Verhältnisse gebracht wurde, hat die Erledigung dieser Personalfrage bis jetzt verhindert. Nachdem nun aber weitestgehend bis zum späten Herbst hätte zu klären geschaffen worden sind, wird auch diese Frage jetzt ihre Lösung finden. Der Reichskanzler Marx wird sich auf sein eigentliches Amt zurückziehen und voraussichtlich wird dann sein Fraktionsgenosse Dr. Bell, der früher einmal Reichskolonialminister und vorübergehend auch Reichsverkehrsminister gewesen ist, das Reichsjustizministerium übernehmen. Als Reichsjustizminister wird er dann auch das Ministerium der bestetzten Gebiete verantwortlich vertreten.

Eine ganze Reihe von Personalfragen befinden sich seit einiger Zeit im Bereiche des Auswärtigen Amtes in der Schwebe. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Ernennung eines neuen deutschen Gesandten in Wien an Stelle des verstorbenen Dr. Pfeiffer. Die anderen Personalfragen stehen aber damit mehr oder weniger in Zusammenhang, da die Neubesetzung des Wiener Postens, wie es scheint, ein allgemeines Revirement zur Folge hat. Man nimmt an, daß auch hier in dieser Woche nach die Entscheidung fallen wird. Sie zieht sich schon lange hin und ist immer wieder von Woche zu Woche verschoben worden. Das liegt an inneren Schwierigkeiten, die gerade im Bereich des Auswärtigen Amtes bei der Erledigung von Personalfragen auftauchen und die, wie es scheint, auch diesmal eine ziemlich harte Rolle spielen. Nach dem Umsturz wurde es Brauch, auch die Besetzung der diplomatischen Posten im Auslande mit der Parteipolitik zu verknüpfen. Eine derartige Verknüpfung aber nirgends so unangebracht und so gefährlich wie gerade hier. Es ist gewiss nicht unbedingt nötig, daß man die Posten diplomatischen und die Gesandtenposten mit Berufsdiplomaten besetzt. Das Beispiel Delcassé und manches amerikanischen Gesandten oder Botschafters beweist, daß auch außerhalb der Berufsschulung außerordentlich tüchtige Kräfte für den diplomatischen Dienst zu finden sind. Es darf dann aber nur die Frage der persönlichen Eignung maßgebend sein. Die Besetzung von Auslandsposten nach parteipolitischen Gesichtspunkten ist noch weit schlimmer, als das harte Festhalten am Berufskriterium. Denn wenn das Schema der Parteipolitik angewandt wird, so scheidet die Frage der persönlichen Tüchtigkeit überhaupt aus. Es kommt hinzu, daß die diplomatische Existenz von Gnadener Partei naturgemäß immer etwas unsicher ist und sehr leicht durch den Wechsel der Partei in Frage gestellt werden kann. Deshalb hat auch wohl der Gesandte Dr. Pfeiffer zunächst Wert darauf gelegt, Reichsausschussmitglied zu bleiben, eine Doppelrolle, die natürlich ganz unmöglich ist. Nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, ist es im Interesse unserer Außenpolitik dringend erwünscht, daß die Parteipolitik aus der Lösung von Personalfragen ausscheidet.

Es kommt aber noch etwas anderes bei der Lösung von Personalfragen in Betracht. Es liegt durchaus in der Natur der Dinge und ist auch nur zu begreifen, daß in der Berliner Zentrale des Auswärtigen Amtes ein Drang nach Betätigung im Auslande besteht. Der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Reichherr von Malhan, ist bekanntlich als Botschafter nach Washington gegangen und hat dort nach allgemeinem Urteil eine ausgezeichnete Tätigkeit entfaltet. Der jetzige Staatssekretär von Schuber hat sicher ebenfalls den Wunsch, einmal auf einem Auslandsposten zu stehen und so geht es manchem der leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes. Gehen von der Berliner Zentrale Beamte auf diesen oder jenen Auslandsposten, so müssen andere dafür von draußen in die Zentrale zurückkehren, ein Wechsel, der dem Auswärtigen Amt nur zugute kommen kann. Die Entwicklung nach dem Umsturz hat es aber mit sich gebracht, daß die deutschen Diplomaten, die im Auslande wirken, ihre Zurückberufung nach Berlin fast als eine Strafverurteilung empfinden, in der Hauptache deshalb, weil ihnen die Kosten der Lebenshaltung in Berlin im Vergleich zu dem hier erzielten Gehalt empfindlich Opfer auferlegen. Der notwendige Wechsel zwischen Auslandsdienst und Heimatsdienst wird dadurch unnötig erschwert, und es scheint, daß gerade diese Schwierigkeit bei dem gegenwärtigen Revirement mit im Spiele ist.

Zentrum und Bayerische Volkspartei in der Pfalz. Die Vorwürfe gegen den Zentrumsabgeordneten Hofmann.

Das nationalsozialistische Wochenblatt der Pfalz hat kürzlich den pfälzischen Zentrumsabgeordneten Hofmann-Ludwigshafen der separatistischen Untriebe im Jahre 1919 bezichtigt. Gegen den schweren Angriff hat sich Reichstagsabgeordneter Hofmann in einer in dem pfälzischen Zentrumsorgan veröffentlichten Erklärung durch einen Hinweis auf seine späteren Reden gegen den Separatismus und auf ein Zeugnis des damaligen Pfälzkommissars gewehrt. Die Haltung des Abg. Hofmann hat die Firmajenur Zeitung zu der Bemerkung veranlaßt, daß der Herr Hofmann sich von den Vorwürfen nur durch eine gerichtliche Klage gegen das nationalsozialistische Organ reinigen könne. Abgeordneter Hofmann hat jedoch bis jetzt keine Klage erhoben. Statt der Klage veröffentlichte das pfälzische Zentrumsorgan einen Artikel, in dem es einen Angriff gegen die Bayerische Volkspartei der Pfalz richtet und den Verdacht ausspricht, daß die Bayerische Volkspartei von dem nationalsozialistischen Organ gegen Hofmann erhobenen Vorwürfen nicht fernzuhalten scheine. Dieser Angriff hat den „Abeinwäler“, ein Organ der Bayerischen Volkspartei, nunmehr zu einer Erklärung veranlaßt, in der die Verdächtigung der Bayerischen Volkspartei durch das Zentrumsorgan zurückgewiesen wird und in der es u. a. heißt: „Wenn ein Reichstagsabgeordneter angegriffen wird, und sei es auch in „unflätigster Weise“ von einem „Schand- und Schandblättern“, dann ist für jemand, der so unschuldig ist, wie das pfälzische Zentrumsorgan es von dem Abgeordneten Hofmann behauptet, der Abwehrweg der, daß es den Angreifer stellt und ihm den Deckzettel gibt, den er mit seiner Unschuld zu geben in der Lage ist. Wenn einem Reichstagsabgeordneten, der allen Grund hat, vor der Öffentlichkeit in jeder Form rein dazustehen, so schwerwiegende Vorwürfe gemacht werden, wie es in dem nationalsozialistischen Organ gegen Hofmann geschehen ist, dann kommt er bzw. sein Organ nicht damit durch, daß es auf einen unbeteiligten Dritten losfährt und damit die Aufmerksamkeit von sich selber ablenkt. Wenn das pfälzische Zentrumsorgan behauptet, Personen der Bayerischen Volkspartei seien an den Angriffen gegen Hofmann beteiligt zu sein, so ist das ein Versuch, die Aufmerksamkeit von der Sache abzulenken und daraus eine Aktion der Bayerischen Volkspartei zu machen. Hat Herr Hofmann 1919 die Rolle gespielt, wie sie von dem nationalsozialistischen Organ ihm vorgeworfen wird, dann ist dieser Vorwurf nicht dadurch aus der Welt zu schaffen, daß sich Hofmann darauf beruft, einige Wochen nachher genau die entgegengesetzte Rolle gespielt zu haben. Er und sein Organ werden also auch heute noch gezwungen sein, die Anklagen des nationalsozialistischen Organs zu widerlegen und der Weg zur Klärung und Reinnahme ist heute nur der über den Staatsanwalt und nicht der der Beschimpfung Dritter. Diese Auffassung wird im Interesse der Meinungsfreiheit des öffentlichen Lebens in der Pfalz und im Interesse der nationalen Abwehrfront auch von Kreisen in der Pfalz geteilt, die nicht zur Bayerischen Volkspartei gehören.“

Die Angelegenheit zieht inzwischen immer weitere Kreise. Nachdem das nationalsozialistische Wochenblatt der Pfalz, kürzlich, wie eingangs erwähnt, den Zentrumsabgeordneten Hofmann beschuldigt hatte, daß er bei der sogenannten Pfalzbesetzung Anfang des Jahres 1919 zusammen mit dem damaligen Zentrumsabgeordneten Richter, der wegen seiner hochverräterischen Bestrebungen seinerzeit aus der Partei ausgeschlossen wurde, und jetzt als französischer Zollbeamter tätig ist, keine einwandfreie Rolle gespielt habe, erhebt nunmehr das Blatt in seiner jüngsten Ausgabe gegen den Abgeordneten

Hofmann Anschuldigungen schwerer Art und wirft ihm Landesverrat in aller Form vor. Zum Beweise dafür veröffentlicht es eine Rede, die der Abg. Hofmann bei der Verlesung der sogenannten „Notabeln“ vor dem damaligen kommandierenden französischen General in der Pfalz, Gérard, in Landau am 22. Februar 1919 gehalten haben soll.

Zu dieser Veröffentlichung bemerkt das Hauptorgan der Bayerischen Volkspartei der Pfalz, das „Pfälzer Tagblatt“, es werde unbedingt notwendig sein, daß Abg. Hofmann unzulässig Stellung nähme zu diesen ungewöhnlich schweren Anschuldigungen. Gleichzeitig veröffentlicht das „Pfälzer Tagblatt“ eine Entschärfung der Bayerischen Volkspartei der Pfalz, deren Kreisvorstandschafft zu den oben erwähnten Angriffen Stellung genommen hat, die im pfälzischen Zentrumsblatt seit etwa 14 Tagen gegen die Bayerische Volkspartei der Pfalz erhoben werden, die vor allem dahin gehen, daß die Bayerische Volkspartei der Pfalz dem nationalsozialistischen Organ das Material zu seinen Angriffen geliefert habe. Zu diesen Angriffen erklärt die Entschärfung:

„Dieser Vorwurf ist trotz wiederholter Aufklärung nicht bewiesen und nicht zurückgenommen worden. Die Kreisvorstandschafft der Bayerischen Volkspartei der Pfalz weiß daher den Vorwurf mit Entrüstung zurück, mit der Feststellung, daß nach ihrer Kenntnis eine Materiallieferung gegen Hofmann von Seiten der Bayerischen Volkspartei nicht stattfand. Die Quelle, aus der das Material des nationalsozialistischen Organs stammt, muß der Redaktion des Zentrumsblattes eindeutig bekannt sein. Ferner lehnt die Kreisvorstandschafft der Bayerischen Volkspartei der Pfalz die Verantwortung für alle Schritte des Abg. Hofmann in der Pfalzfrage ausdrücklich ab, da er von der Partei weder solche Aufträge erhielt, noch ihr je Rechenschaft über Unterhandlungen gegeben hat, die seinerseits mit General Gérard erlosch. Was der Abg. Hofmann in dieser Beziehung einmündig, ohne Kenntnis und ohne Billigung der Partei getan hat, fällt unter seine alleinige Verantwortung. Die Bayerische Volkspartei hat den Abg. Richter sofort außerhalb ihrer Reihen gestellt, sobald ihr Kenntnis von seinen Beziehungen zu den Kreisen um General Gérard aufkam. Sie hat von einem gleichzeitigen Vorgehen gegen den Abg. Hofmann in derselben Angelegenheit trotz eines von der Ludwigsbader Parteiorganisation gestellten Antrages nur deswegen abgesehen, weil ihr über das Verhalten des Abg. Hofmann in dieser Sache hinreichendes Material nicht zur Verfügung stand und auch nicht bekannt wurde, solange der Abgeordnete Hofmann ihr angehört.“

Nach dieser sehr bestimmten und klaren Erklärung der Bayerischen Volkspartei der Pfalz, wird man gespannt sein dürfen, wie sich nunmehr das pfälzische Zentrumsorgan äußert und vor allem, wie sich nunmehr der Abg. Hofmann zu den neuen schweren Anschuldigungen verhalten wird.

Das Disziplinar-Urteil gegen Jänide

Zu dem gezeigten Urteil des Reichsdisziplinargerichts gegen Dr. Jänide wird von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß eine Entscheidung darüber, in welcher Weise die in dem Urteil festgelegte Strafverurteilung des Dr. Jänide sich vollziehen wird, noch nicht getroffen ist, da die Urteilsbegründung noch nicht vorliegt. Rechtslich gibt es zwei Gruppen von Disziplinarstrafen, entweder Warnung, Verweis oder Geldstrafe, oder Strafverurteilung und Dienstentlassung. Die Strafverurteilung würde meistens in der Weise vorgenommen, daß der betreffende Beamte in ein nachgeordnetes Amt versetzt würde, wobei meistens gleichzeitig eine Herabsetzung des Gehaltes stattfindet. Dr. Jänide sei dem Beamtenrang nach Altage. Die gelten im Auswärtigen Amt nicht als Beamte, sondern haben nur kommissarischen Charakter mit Beamtenrang.

Volkspartei u. Arbeitsgemeinschaft.

Die Nationalliberale Korrespondenz, die offiziöse Parteikorrespondenz der Deutschen Volkspartei, beschäftigt sich heute mit der Anregung der Arbeitsgemeinschaft im preussischen Staatsrat, in allen Parlamenten und Bürgerhäusern zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der staatsferhaltenen Parteien zu streben, und bemerkt zu diesem Thema u. a. folgendes:

„Eine Stellungnahme durch die berufenen Instanzen der Deutschen Volkspartei ist zur Zeit nicht möglich, da Fraktion und Parteivorstand in Berlin nicht verammelt sind. Man wird darauf hinweisen müssen, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Parteien, von denen die eine in der Regierung, die andere in der Opposition sich befindet, praktisch nicht möglich ist. Bevor man daher den Gedanken einer engeren Zusammenarbeit zwischen Deutschnationaler Partei und Deutscher Volkspartei überhaupt erörtern kann, müßte diese Divergenz beseitigt sein, und dann kann sich das engere Verhältnis nur aus einer längeren, tatsächlichen politischen Entwicklung ergeben. Die Ergebnisse der letzten Jahre können nach dieser Richtung nicht optimistisch stimmen. Was heute für die Deutsche Volkspartei der Kern des liberalen Gedankens ist, das hat bei der letzten Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei Geheimrat Kahl als den verantwortungsbewußten Tatlagenpunkt bezeichnet, das innere Pflichtgefühl, sich zum Staat zu bekennen und an ihm mitzuarbeiten, auch wenn uns manches an diesem Staat nicht gefällt.“

Die Deutschnationale Volkspartei hat sich bisher nicht zu diesem Standpunkt durchringen können. Sie hat im vorigen Jahre zwar einen Anlauf genommen, hat es aber bald wieder vorgezogen, sich in die Opposition zurückzuziehen und diejenigen zu isolieren, die ihre innerliche Pflicht an verantwortungsvoller Stelle festhielt. Minderheit Anzeichen sind dafür vorhanden, daß man in deutschnationalen Kreisen das Verfehlen dieses Weges erkannt hat. Der Entschluß der Deutschnationalen Volkspartei zur Rückkehr zur verantwortlichen Mitarbeit, erscheint uns daher die erste Voraussetzung für eine Entwicklung in der Richtung der Anregung der preussischen Arbeitsgemeinschaft im Staatsrat zu sein.“

Deutsches Reich

Reichsgericht und Fememordprozesse.

Berlin, 7. Juli. Gemäß einem Antrag des Oberreichsanwalts hat der Zweite Strafsenat des Reichsgerichts den Vätern zufolge die Uebnahme der in Landsberg an der Warthe und Berlin schwebenden Fememordprozesse abgelehnt, da ein Zusammenhang dieser Straftaten mit dem Verbrechen des Hochverrats nicht nachzuweisen sei. Es bleibt demnach für dieses Verfahren bei den Verhandlungen vor dem Schwurgericht, und zwar dürfte der Fall Greife in Landsberg an der Warthe und der Fall Wilms in Berlin zu Beginn der Sommerferien nach den Gerichtsferien zur Verhandlung kommen.

Gegen die Feme-Ausschußtagung in München.

München, 7. Juli. Der Beschluß des Reichstages, im Oktober nach München zu kommen, findet in der Münchener Presse sehr heftige Gegner.

Ein neuer Spartakusbund.

Berlin, 6. Juli. Die „Reinigung“, die in den letzten Monaten in der kommunistischen Partei von der getreu nach dem Geheiß Moskows arbeitenden Parteileitung vorgenommen wird und zum Ausschluß mehrerer Abgeordneter aus der Partei führte, hat jetzt die Bildung einer kom-

munistischen Oppositionsgruppe zur Folge gehabt, die sich Spartakusbund nennt. Der Reichstagsabgeordnete Iwan Kahl verbreitet durch die Telegrammunion folgende Meldung:

„Die Allgemeine Arbeiterunion (Einheitsorganisation), der Industrieverband für das Verfehrsgewerbe und die Opposition der kommunistischen Partei Deutschland (Linke K.P.D.) haben sich zu einem Spartakusbund linkskommunistischer Organisationen zusammengeschlossen. Der Spartakusbund knüpft an das alte Spartakusprogramm Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs an, will die Loslösung des internationalen Proletariats von der Moskauer Staatspolitik, bekämpft den Parlamentarismus und die Amtlerdamer (freien) Gewerkschaften.“ Auf das Wirken dieser „Linken K.P.D.“ kann man gespannt sein.

Beihilfe zum Hochverrat.

Leipzig, 7. Juli. Wegen Beihilfe zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikstrafgesetzbuch hat heute der Buchhalter Hermann Mafower aus Berlin vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts zu verurteilen. Der Angeklagte wird beschuldigt, vor längerer Zeit Veresungsleiter der K.P.D. für den Bezirk Berlin-Brandenburg gewesen zu sein. Ferner soll er im Jahre 1923 an Sitzungen teilgenommen haben, in denen Vorbereitungen zum gewalttätigen Umsturz getroffen worden seien. Das Gericht verurteilte Mafomer wegen Vergehens gegen Paragraph 7 des Republikstrafgesetzbuchs zu drei Jahren Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.

Verhandlung gegen den Oberleutnant a. D. Kofbach.

Schwerin, 7. Juli. Das erweiterte Schöffengericht hat heute in der Verhandlung gegen den Oberleutnant a. D. Kofbach wegen Fahnenflucht unter Ausschluss der Öffentlichkeit, nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung den vorliegenden Fall zur Beurteilung dem Reichsgericht zu überweisen, da das Schöffengericht nicht zuständig sei.

Aus dem besetzten Gebiet

„Der Geist von Locarno“.

Lz. Kaiserlautern, 5. Juli. Von einer unerhörten Rohheit und feigen Grausamkeit der französischen Besatzungsgruppen zeugt folgender Vorgang, der sich, wie jetzt erst bekannt wird, auf dem Schicksal in Kaiserlautern am 26. Juni, abends gegen 9 Uhr, nach bei Tageshellung abspielte. Zwei französische Militärposten gaben auf einen österreichischen Kriegsinvaliden ohne vorherigen Anruf aus einer Entfernung von etwa 10 Meter Gewehrschüsse ab. Der Kriegsinvalide hatte sich auf den Schießplatz gegeben zum Sammeln von Gewehrpatronen, durch deren Verkauf er sich seinen Lebensunterhalt für die nächsten Tage verschaffen wollte. Anstatt den Mann zu verhaften, weil er der französischen Vorposten, die das Sammeln von Patronen auf den französischen Schießplätzen durch die Zivilbevölkerung verbietet, zuwider gehandelt hatte, zogen es die französischen Posten entgegen ihrer Instruktion vor, den Kriegsinvaliden, der keinerlei Anzeichen zur Flucht machte, ohne weiteres niederzuschießen. Durch die aus allernächster Nähe abgegebenen Schüsse ins Gesicht, in die Brust und durch Oberarm und Armeelenk wurde der Kriegsinvalide lebensgefährlich verletzt. Er wird, wenn er mit dem Leben davonkommen sollte, ein Bein verlieren. So muß ein Mann, der die Schrecken des Weltkrieges überstanden und für sein Vaterland gekämpft hat, auf einem französischen Schießplatz des besetzten Gebietes im Zeichen des vielerühmten Geistes von Locarno der französischen Soldateska zu Zielübungen dienen.

Franz Grashof.

Zur hundertjährigen Wiederkehr seines Geburtstages.

Von
Paul Benzke.

Am 11. Juli feiert der ganze große Kreis der deutschen Ingenieure den hundertjährigen Geburtstag Franz Grashofs, den der Verein deutscher Ingenieure als seinen großen Leiter und Führer verehrt. In den gleichen Tagen gedenkt die Technische Hochschule in Karlsruhe in stolzer Freude ihres langjährigen, unvergessenen Lehrers. Zwei Gedenkreden fallen so zusammen, die weit über den engen Bezirk des Vereins und der Stadt Karlsruhe Beachtung verdienen. Beide gehören in sich aufs engste zusammen, beide veranschaulichen in wundervoller Klarheit, wie aus diesem Boden die Wissenschaft und die Organisation der deutschen Ingenieure, die heute die Welt umspannen, zur ersten Blüte herangereift konnte. Zugleich zeigt ein solcher Rückblick, wie ihn zwei Festschriften zu einem solchen Tage, eine Geschichte des Vereins Deutscher Ingenieure und eine Biographie Grashofs selbst, verbinden, daß das Gedenken der Wissenschaft mit der Macht des Staates unmittelbar verbunden ist, daß sich die Persönlichkeit des großen Mannes nur in einer starken Lebensgemeinschaft voll schöpferischer Kraft entwickeln kann.

Die Erinnerung an Franz Grashofs Vorfahren weckt die Gedanken der Freiheitskriege von 1813 bis 1815 aufs neue, die den Großvater als Kriegsfreiwilligen in reiferem Alter noch aus der märkischen Heimat (aus Preuzlau) an den Rhein führten. Auch die Söhne blieben dem Geist deutscher Ideale treu. Der Aelteste vor allem widmete sich als Gymnasiallehrer am Düsselbörfer Gymnasium klassischen Studien. Um so überraschender wirkt die ausgesprochene Neigung zur Technik, die seinen Sohn wieder, unseren Franz Grashof (geboren in Düsseldorf am 11. Juli 1826) früh schon auszeichnen sollte. Uebermächtig verband sich in ihm mit den

ererbten geistigen Anlagen der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung, den gerade Düsseldorf und sein reiches Hinterland nach einer Atempause von einem halben Menschengalter unter dem Schutz des starken preussischen Staates nahm. Nicht zufällig fällt in sein Geburtsjahr noch die Begründung der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft, die in diesen Tagen ebenfalls ihr hundertjähriges Bestehen feiern konnte, nicht zufällig in Anbetracht die erste bedeutsame Gewerbeausstellung in Düsseldorf, die die junge Kraft der rheinisch-westfälischen Industrie weithin befruchtete, nicht zufällig endlich in sein zwölftes Lebensjahr die Eröffnung der Eisenbahn von Düsseldorf nach Oberfeld. „Der menschliche Verstand“, so sprach er es auf dem Höhepunkt seiner Lehrtätigkeit selbst in Karlsruhe aus, „hatte die Natur gebündelt: Maschinen verdrängten die Kräfte von Menschen und Tieren.“ Mit unwiderstehlicher Gewalt drängte es den Jüngling aus einer stillen Gelehrtenfamilie in einen praktischen Beruf. Persönliche Einbrüche, die wiederum der Glanz der „deutschen Bewegung“ von 1848 gerade in Düsseldorf weckte, führten zu dem Entschluß, in einer deutschen Kriegsstoffe, die damals in einem bescheidenen Ausmaß zu entstehen schienen, dem Vaterlande und der Technik zugleich zu dienen. Da aber der Reichskriegsminister für den Eintritt die Vorbildung auf einem Handelsschiff verlangte, trat der junge Techniker zunächst eine Seereise an, die ihn wider Erwarten zwei Jahre fernhielt, dafür aber neue Entschlüsse in ihm auslöste. Im fernen Indischen Ozean erkannte er seinen Beruf zur wissenschaftlichen Forschung. Mit 27 Jahren konnte er endlich auf dem Berliner Gewerbe-Institut seine Ausbildung abschließen und unmittelbar danach eine Lehrerstelle an der gleichen Anstalt, bei einzigen höheren technischen Schule Preussens, übernehmen. 1854 erfolgte die Anstellung, mit der die Leitung des Gigantens verbunden war, zwei Jahre darauf, am 12. Mai 1856, wurde aus dem Kreise der „Güte“, des Vereins der Jünglinge des Gewerbeinstituts, der Verein Deutscher Ingenieure gegründet. Nur eine

Persönlichkeit, die so stark wie Franz Grashof von dem nationalen Gedanken und von der wissenschaftlichen Notwendigkeit einer Sebung des technischen Berufs im öffentlichen Leben durchdrungen war, konnte die großen Ziele einer solchen neuen Vereinigung erreichen.

In der Tat war es Franz Grashofs unermüdlichem und uneigennützigem Wirken zu danken, daß der Verein Deutscher Ingenieure in überraschend kurzer Zeit in allen Teilen Deutschlands Fuß fassen konnte. Alles war der Vereinsdirektor zunächst in eigener Person, insbesondere Verfasser, Schriftleiter, Korrektor, Expedient der gleichzeitig ins Leben gerufenen Zeitschrift, die sich als erstes Sprachrohr deutscher Technik bis heute in immer steigendem Umfang und in stets gleichbleibender Bedeutung behauptet hatte. 1860 erit wurde ihm eine Unterfertigung wenigstens in den laufenden Geschäften. Auch dann noch, als er 1863 einem Rufe als Nachfolger Ferdinand Reibensackers, des Begründers der Wissenschaft der Mechanik, an die Technische Hochschule in Karlsruhe folgte, blieb ihm das Amt, die Bürde und die Pflicht, den Verein Deutscher Ingenieure weiter zu leiten.

An der Technischen Hochschule des badischen Mutterlandes entfaltete Franz Grashof jetzt eine überaus segensreiche wissenschaftliche Tätigkeit, die ihren Ausdruck vor allem in einem mehrbändigen Lehrbuch der Mechanik fand. Widter für die Allgemeinheit wurde sein Kampf, den er erfolgreich um die Gleichstellung der technischen Wissenschaften neben den Geisteswissenschaften führte. In Karlsruhe selbst errang er den ersten Sieg, der äußerlich durch eine mehrfache Ernennung zum Direktor der Hochschule bekätigt wurde. Auch in diesem Ringen war er ja zugleich und vor allem Führer des Vereins Deutscher Ingenieure, der sich immer mehr zur eigentlichen Landesvertretung eines neuen zukunftstarken Berufs entwickelte. Als der Verein 1881 in Stuttgart sein 25jähriges Stiftungsfest begehen konnte, feierte er zugleich das 25jährige Jubiläum seines Vereinsdirektors. Dankbare Ansprachen an den geliebten Führer befeudeten

auch nach hinten hin, was die Fachgenossen von Grashof aßen und wie sie ihn würdigten. Aber es war die letzte frohe Feiertag, die der tatendurstige Mann unangebeugt begehen konnte. 1882 raubte ihm ein Schlaganfall einen Teil seiner Schaffenskraft. Trotzdem erholte er sich überraschend schnell. 1890 legte er sein Amt als Vereinsdirektor nach 24jähriger Tätigkeit nieder, drei Jahre später geleiteten ihn die Freunde zu Grabe. Als dauerndes Zeichen der Verehrung ward unmittelbar danach die goldene Grashof-Denkmedaille geschaffen, die seither bei jeder Hauptversammlung an solche Männer verliehen wird, die sich durch wissenschaftliche und praktische Leistung in besonders hohem Maße um die Technik verdient gemacht haben. Wiederum drei Jahre später, 1896, konnte die Monumentalbüste Franz Grashofs an der Kriegsstraße in Karlsruhe aufgestellt und eingeweiht werden.

Nicht nur ein Akt der Dankbarkeit ist es daher, wenn heute der Verein Deutscher Ingenieure mit besonderer Liebe und mit besonderem Nachdruck des hundertjährigen Geburtstages seines ersten Vereinsdirektors gedenkt. Ein Rückblick auf die Anfänge zeigt zugleich das Ziel des Strebens, das auch heute noch seine Aufgabe umfasst und beherzigt: „Die große Aufgabe, deutscher Technik durch ein einiges Zusammenwirken der geistigen Kräfte im Interesse des gesamten deutschen Vaterlandes die Weite und Vollendung zu geben, ihr die ehrenvolle Anerkennung zu erringen, welche deutschem Geiste schon längst gesollt wird.“ Im Leben und im Wirken des Mannes, der dem Verein Deutschen Ingenieure den Charakter des eigentlichen Bewusstseins auftrug, treten deutsche Technik und deutsche Ingenieurkunst als Träger des deutschen Staatsgedankens und eines neuen geistig ausgreifenden Nationalgefühls befeudet hervor. Karlsruhe aber und seine Hochschule denken heute mit stolzer Freude des Mannes, der hier seine zweite Heimat fand!

Im Ubi-Verlag G. m. b. H. Berlin N. 23. 7 ist eine schöne, sorgfältige und fundige Biographie „Franz Grashof. Ein Führer der

Polens Bankrotwirtschaft.
Bestimmungen eines amerikanischen Finanzsachverständigen.

Warschau, 7. Juli.
Der amerikanische Sachverständige Professor Kemmerer hatte eine Besprechung mit dem polnischen Finanzminister über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens. Professor Kemmerer hat dabei betont, daß eine polnische Anleihe in Amerika keinen Erfolg haben würde, da das amerikanische Kapital zu den polnischen Wirtschaftsverhältnissen kein Vertrauen habe. Nach Meinung des amerikanischen Sachverständigen müßte die polnische Wirtschaft auf ganz anderer politischer und ökonomischer Grundlage aufgebaut werden. Die polnische Regierung müßte mit den Nachbarstaaten vom Osten und Westen eine Politik der Verständigung treiben. Auch für eine neue Anleihe zur Stabilisierung des Zlotykurzes seien die amerikanischen Finanzkreise nicht zu gewinnen. Die polnischen Finanzkreise sind mit diesen pessimistischen Meinungen des Amerikaners sehr unzufrieden, zumal er feststellt hat, daß sich Polen in einem Stadium langsame Bankrotts befindet.

Die Abrüstungskomödie in Genf.
Das Arbeitsergebnis der militärischen Unterkommissionen.

Genf, 7. Juli.
Die Unterkommission A (Militär-, Marine- und Luftstritten), die Kommission für die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz, welche am Dienstag ihre Arbeiten abschloß, stellte für die Lösung der drei Fragen, welche ihr zur Prüfung unterbreitet worden waren, folgende Kriterien auf:
a) Zahl der Streitkräfte in der Friedenszeit;
b) Organisation der Streitkräfte im Frieden;
c) Gültigkeit des Militärdienstes- und Ausbildungsgrades;
d) Material im Militärdienst.
Bestand der Luftschiffahrt beantragte die Kommission für den Personalbestand unter gewissen Bedingungen zwei Kriterien, einmal die Gesamtzahl der Personalisten in der Luftschiffahrt und die Zahl der Piloten. Ferner beantragte sie für das Material eine Unterscheidung in leuchtende Luftschiffe, für welche die Motoren und die Motorenkräfte die Kriterien abgeben und andererseits in Flugzeuge, für welche die vorgeschlagenen Kriterien die Gesamtmotorenkräfte und die Zahl der Apparate mit vorrätiger Gesamtmotorenkraft wären. Die Unterkommission wünscht, daß jetzt Mittel und Wege gesucht werden, um im Rahmen des Budgets die Budgets für die Landesverteidigung so zu gestalten, daß ein Vergleich des militärischen Standes der verschiedenen Staaten auf Grund ihres Budgets gefunden werden könne.

Auswärtige Staaten.
Austausch von Weltkrieg-Filmen.

Washington, 7. Juli. Wie das Staatsdepartement bekannt gibt, ist ein Austausch von Weltkrieg-Filmen mit Deutschland, England, Frankreich und Italien beschlossen worden.

Deutschland und Siam.
S. Paris, 7. Juli. Die am 9. Februar 1926 in Berlin geschlossenen Abkommen zwischen Deutschland und Siam sind heute in der siamesischen Gesellschaft in Paris durch den deutschen Vertreter, Direktor Heilmann und den Vertreter des siamesischen Auswärtigen Amtes in Kraft gesetzt worden. Durch dieses Abkommen ist das ganze Verfahren mit Siam als Teil 10 des Vertrages von Versailles (Artikel 206 und ff.) durch Gültigkeit von beiden Seiten erledigt worden. Gleichzeitig ist auch der deutsch-siamische gemeinsame Schiedsgerichtshof als erster der auf Grund der Art. 204 des Versailles-Vertrages errichteten Schiedsgerichtshöfe aufgehoben worden.

Marokkanische Kampfvorbereitungen im Gebiet von Taza.

Paris, 7. Juli. Nach den Nachrichten aus Fez wird heute über einen auf eine spanische Abteilung bei Tafel El Tine ausgeführten Ueberfall näheres bekannt. Angehörige eines der unterworfenen Stämme führten den Ueberfall aus und töteten dabei 48 Spanier und zahlreiche Eingeborene. Im Gebiet von Taza werden alle Vorbereitungen zu einem größeren Kampf getroffen. Besonders gefährdet ist der Posten von Tamjud. Die feindlichen Stämme besetzten die Nordhänge des Djumela. Wie sich die unterworfenen Stämme in dieser Gegend bei einem Angriff verhalten werden, ist zweifelhaft.

Das Urteil in der Angelegenheit Sidi Ferrud.

Paris, 7. Juli. In Marseille wurde heute in der Angelegenheit der heimlichen Einschiffungen an Bord des Dampfers „Sidi Ferrud“, in dessen Bunkern 11 Araber den Tod fanden, 6 Angeklagte zu je 2 Jahren Gefängnis und je 6000 Franken Geldstrafe verurteilt. Ein weiterer Angeklagter wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Die Trodenlegung Amerikas.

New York, 7. Juli. Der Prohibitionschef, General Andrews ist zurückgetreten, nachdem er vor einiger Zeit erklärt hatte, daß er zurücktreten werde, sobald er erkennen, daß die Prohibition nicht durchzuführen sei.

Tagungen.
Reichsverband Deutscher Schlosser- und Maschinenbauer-Zunungen.

In der letzten Juniwoche tagte in München der Reichsverband Deutscher Schlosser- und Maschinenbauer-Zunungen, Sitz Leipzig, die sachgewerblich-berufständische Spitzenorganisation des gesamten deutschen Schlosser- und Maschinenbauerhandwerks. Der Verband besteht zurzeit aus 18 Landesverbänden mit etwa 450 000 Mitgliedern und ist dem Reichsverband des deutschen Handwerks angeschlossen. Aus allen Teilen des Reiches bezog der Verbandsgemeinschaft waren insgesamt über 1000 Vertreter herbeigezogen. Die feierliche Eröffnung der Tagung im Münchener Löwenbräukeller gestaltete sich zu einer machtvollen berufständischen Kundgebung. Es folgten unter dem Vorsitz des Reichsverbandesmeisters Thälheim-Regina die Verhandlungen mit Referenten über die wirtschaftliche Lage des Schlosser- und Maschinenbauerhandwerks und seine Forderungen zur Wirtschaftspolitik, Steuer- und Sozialpolitik, über die rationelle Betriebsführung im Handwerk, das Berufsständnis und wirtschaftlicher Organisations im Handwerk. Die Vorträge und Debatten liefen die bittere Not erkennen, die heute im deutschen Schlosser- und Maschinenbauerhandwerk herrscht, sie legten aber auch Zeugnis ab von dem festen Willen, die Schwierigkeiten der Gegenwart zu meistern, sofern nur die zuständigen Stellen in Staat und Wirtschaft auf das Handwerk und seine berechtigten Interessen die gebührende Rücksicht nehmen. In die Verhandlungen waren einige seltene Veranstaltungen eingeschlossen, die u. a. die Besucher der Tagung zum Schluß nach Warmisch-Parkentzgen und in die bayerischen Berge führten. W. E. H.

Bel für Nihilisten Frau teils selbst schrieb, teils abschreiben ließ; wieder andere hat er bei seinem ersten Besuch am Mannheimer Neuen Gliedern der Familie Nihilisten in die Feder diktiert (K. 207). Auch von Hebels Vater befinden sich zwei Dokumente in der Landesbibliothek, ein „Taschenbuch“ und eine „Redenliste“, beide Reste aus großer Privatbesitz. Dr. A. W.

Vierort-Gründung in Palmbach. In Anwesenheit des Dichters fand in diesen Tagen in der Schule eine Vierort-Feierabendung statt. Zum Empfang überreichte eine Schülerin dem Geseierten mit schlichten Versen einen Blumenstrauß. Der Schülerchor sang: „Aus Land und Baden“, eine neue Vertonung von Hugo Ruybeidberg. Nach Begrüßung des Chorgesanges wurde auf die Zusammengehörigkeit von Dichter und Volk hingewiesen. Zunächst trugen nunmehr die Schüler zwei seiner Gedichte vor. Danach dankte unser Heimleiter für den Empfang und las in seiner Auswahl den Eltern und Schülern aus seinen Dichtungen. Mit größter Aufmerksamkeit lauschten auch die Kleinsten seinen Worten, sie alle kamen durch einführende Andeutungen des Dichters, zum vollen Verständnis. In inniger Dankagung wurde bekannt gegeben, daß bei unserem Heidenstein, dem Professor Aller geschaffene hat, eine Bank errichtet wird, in die zum Gedächtnis Vierorts, einer seiner deutschen Kernsprüche eingemeißelt werden soll. Mit einem vaterländischen Chor wurde die innige Feier beendet. Am Abend brachte der Gesangverein „Harmonie“, zur Ehrung des Gastes, vor dem Rathaus ein Ständchen. Tiefgerührt dankte der Dichter mit herzlichem Bewohl. Fritz Willendorf.

Ein sudetendeutsches Bischofsjubiläum. Weihbischof Dr. W. A. Frind, der Propst des Metropolitandomkapitels zu St. Veit in Prag, beging am 29. Juni das seltene Fest seines 60jährigen Priesters- und 25jährigen Bischofsjubiläum. Bischof Frind, der heute in dem ehrwürdigen Alter von 88 Jahren steht, hat zwar niemals an der aktiven Politik teilgenommen, er hat sich aber durch sein mannhaftes Eintreten für deutsches Recht und deutsche Sprache die höchsten nationalpolitischen Verdienste um das sudetendeutsche Volk erworben. Schon in ver-

Verschiedene Meldungen.
Der Brand des Hohlenderhofes bei Ueberlingen vor dem Schwurgericht.

Konstanz, 7. Juli. Vor dem Konstanzer Schwurgericht kam heute der Brand des Hohlenderhofes bei Ueberlingen in der Nacht vom 17. auf 18. März zur Verhandlung. Der Brandstiftung angeklagt war der Verwalter des Hofes Josef Neugart von Neuhausen bei Wiblingen. Der Anklage angeklagt waren Diensthilfen aus Lausheim bei Waldshut und dessen Diener Josef Koch, ebenfalls aus Lausheim. Der Landwirt Franz Korbhumel aus Lausheim war wegen Begünstigung angeklagt. Das Urteil lautete gegen Neugart auf 5 Jahre Zuchthaus, gegen Diensthilfen und Koch auf je 8 Jahre Zuchthaus und gegen Korbhumel auf 10 Tage Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

Die Kölner Weinorgien.

Köln, 7. Juli. Zu dem Vorfalle, der sich infolge Vergiftens eines mit Wein beladenen Rostschiffes zutrug, berichtet das Kölner Polizeipräsidium, entgegen anders lautenden Meldungen betrage die Zahl der Toten nur drei. Die Todesursache sei auf Alkoholvergiftung zurückzuführen. Die chemische Untersuchung ergab, daß die Flüssigkeit völlig rein und einwandfreier Wein war, doch war der Wein noch nicht völlig ausgegoren.

Stundenzählung von 1—24 bei der Reichsbahn.

Berlin, 7. Juli. Wie der Berliner Vokalangeiger von der Deutschen Reichsbahngesellschaft erfährt, ist in Aussicht genommen, mit dem kommenden Sommerfahrplan, also am 15. Mai 1927, im inneren und äußeren Dienstverkehr bei der Reichsbahn und der Reichspost die Stunden durchgehend von 1—24 zu bezeichnen, wie es bereits in anderen Ländern des europäischen Festlandes geschieht.

Die Voruntersuchung gegen Jürgens.

Berlin, 7. Juli. Die Voruntersuchung gegen Landgerichtsdirektor Jürgens und seine Ehefrau steht vor ihrem formellen Abschluß. Mit der Erhebung der Anklage gegen das Ehepaar dürfte bereits für die nächste Woche gerechnet werden. Es ist allerdings noch fraglich, ob die Hauptverhandlung noch vor den Gerichtstagen in Stuttgart beginnen wird.

Erdbeben in Steiermark.

Graz, 7. Juli. Nach Berichten aus Müllersbach hat ein gestern vormittag verzeichnetes Erdbeben beträchtlichen Schaden an den Häusern angerichtet. Die Erdtöße waren sehr heftig und von explosionsartiger Gewalt begleitet. In den meisten Häusern entstanden große Risse in den Wänden und Decken. Arg beschädigt wurden das Rathaus, die Bürgerschule, das alte Rathaus und das Gebäude des Bezirksgerichts. Ein Schornstein stürzte ein und durchschlug das Dach. Die aufgeregte Bevölkerung eilte ins Freie und trauerte sich erst nach Stunden wieder in die Wohnungen. In einer Eilenhandlung begannen die zum Verkauf ausgesetzten Glöden zu läuten. Das Beben wurde auch in Distriktmark, Hartberg und Riegersburg deutlich wahrgenommen.

Unwetter Schäden in Japan und Chile.

Tokio, 7. Juli. Nach einer Meldung der Associated Press wurde Nord-Japan von schweren Balkenbrüchen heimgeschlagen. 30 Personen sind ertrunken. Ungefähr 4000 Häuser sind zerstört worden.
Paris, 7. Juli. Aus Santiago de Chile wird gemeldet, daß ein Sturm über viele Städte des Landes schweren Schaden verursachte. In Port San Antonio hat das Hochwasser Häuser und Brücken weggeschwemmt. Zahlreiche Personen sind umgekommen.
Paris, 7. Juli. Aus Columbus (Ohio) wird gemeldet, daß dort über verheerende Ge-

Humor.
Englischer Humor.

Der Anirys als Chinesenliebhaber. „China“, erklärte der Lehrer in der Schule, „ist ein riesiges, starkbevölkerteres Land. Ihr könnt Euch einen Begriff von der großen Zahl der Bewohner machen, wenn ich Euch erzähle, daß jedesmal, wenn Ihr einen Atemzug tut, ein Chineser stirbt.“ Zwei Minuten später bemerkte der Lehrer einen Anirys, der atemlos nach Luft schnappte. „Was ist Dir denn“, fragte er den Jungen. „Ich mache Chinesen tot“, antwortete der Schüler.

Das führende Hotel.

„Können Sie mir den Weg nach dem besten Hotel der Stadt zeigen?“, fragte ein Fremder, der dem Zug entstieg. „Ich kann schon, aber ich will nicht“, antwortete der Befragte mürrisch. „Na, warum denn nicht?“ — „Weil Sie, wenn Sie erst dort wohnen, mich einen Lügner schelten werden.“

Gipfel der Bekrenztheit.

Man hatte soeben einen älteren Professor, der ins Wasser gestürzt war, herausgezogen und bemühte sich um den Geretteten. Als der alte Herr endlich kein Bewußtsein wieder erlangt hatte, rief er zum Erstaunen der Umstehenden: „Nebst fällt mir erst ein, daß ich ja ganz gut schwimmen kann.“

Man kann nie wissen.

„Denk Dir, Daisy“, erzählte eine Dame ihrer Freundin, „ich habe meinen Mann gestern überfallen, als er meine Jofe küßte. Dafür hat er mir zur Verführung zwei prachtvolle Kostüme kaufen müssen.“ — „Und das Mädchen?“ fragte die Freundin. „Du hast sie doch sicherlich sofort entlassen?“ „Nein, nicht, mir fehlt noch ein neuer Abendmantel.“

Gallischer Humor.

Die gute Freundin: „Ich hätte niemals gedacht, teure Renée, daß Pierre, dieser alte Genießer, auf die Idee kommen würde, dich um deine Hand zu bitten.“ — Die allwissende Braut: „Beruhige dich, liebe Yvonne, er ist es auch nicht gewesen, der den Einfall gehabt hat. Der gute Gedanke stammt von mir!“

Enorm billige Regen-Schirme

Ein Posten Herren-, Damen- und Kinderschirme mit Futteral **1.90**

Regenschirme für Herren und Damen, gute Körperqual., mit Futteral, Naturgriffe **2.90**

Damen-Regenschirme 12-tlg., moderne Rundhaken, in Topp-Verarbeitung **3.90**

Reinseidene Regenschirme für Herren und Damen, Marke „Weisseide“, 8-tlg. u. 12-tlg., feines Griffsort. **10.50**

Damen-Regenschirme für Halbside, m. Kante, 8-tlg., und 12-tlg., mit Spitzengarnitur mod. Aufmachung 8-tlg. u. 12-tlg., mit Rundhaken u. Knöpfe 3.90 **5.90**

Kinder-Regenschirme **2.90**

Kinder-Sonnenschirme **1.65**

Farbige Damenschirme „Braun“ die Modefarbe, 12-tellig, feine Rundhaken und Knöpfe **5.50**

TIETZ

Die besten deutschen Handarbeitsgarne



C.M.S. CAMEZA

besser als jedes ausländische Fabrikat unverwundlich im Glanz garantiert echt.

CARL MEZESCHNEIDER
Freiburg i. B.
GEGRÜNDET 1785
NUR DIE MARKEN
CAMEZA
und
C.M.S.
In jedem einschlägigen Geschäft verlangen

In 30 Minuten Ihr Passbild nur im Photogr. Atelier Kaiserstr. 50 Einmal 10 Pf.

„St. Barbara“ Magen-, Leber-, Nieren-Lee

v. Bonus-Werk Dresden 25 dtv. Med. Kräuter, erhält Sie schnell. Kurpaten 2 Mk. zu hab. Internationale Apotheken

Schröder & Fränkel
Karlsruhe
Kaiserstraße, 211
Fernruf 628

Feine Herren-Schneiderei Tuchhandlung.

Benützen Sie die Gelegenheit meines Saison-Ausverkaufs vom 1. bis 12. Juli

Gardinen, Stores, Bettdecken, Etamine- u. Madras-Vorhänge, Brise bise, Vitragen, Dekorationen und Dekorationsstoffen zu außergewöhnlichen Preisen

Meine Schaufenster orientieren Sie!

Einzelerwerb von Fabrikaten sächs. Gardinen-Webereien

Paul Schulz Waldstraße 33 gegenüber dem Colosseum



Genauer betrachtet

gewährt ein Bezug aus erster Hand die allergrößten Vorteile.

TREFFZGER MÖBEL

erhalten Sie direkt aus der Fabrik in Rastatt oder deren Verkaufsstellen in Mannheim, Karlsruhe, Forstheim, Freiburg, Konstanz.

KARLSRUHE Kaiserstr. 97



Badisches Landestheater

Donnerstag, d. 8. Juli, 8.30, 10.30, 1-300.

Der Bauer als Millionär.

Romant. Volksstück mit Gesang in drei Akten v. Ferdinand Raimund. Musik v. Joh. Strauß. In Szene gesetzt von Felix Baumhach. Musikalische Leitung: Dr. Heinrich Levinger.

Personen:

- Fortunatus Bural Herr
- Vottchen Rademacher
- Lorenz Brand
- Gabriel Meiner
- Karl Schiff Metzger
- Mittelnberg Knecht
- Schmeißelbeil Nitzl
- Altering Gemmeide
- Vacrimola Gmarth
- Mittelnberg Paarman
- Hörax Brunner
- Wittorius Loeble
- Maxerle Müller
- Nobobius Höder
- Sie Nacht Clement
- Kira Meier
- Mi Albrecht
- Löbmann Dr. Stora
- Bauslett Milan
- Bürlchen- Bett Frauendorfer
- August Scheinflug
- Das hohe v. d. Feind
- Alter Ritter
- Der Reib Dahlen
- Der Gab Weber
- Zodhan Schneider
- Nagowitz

Anfang 7^{1/2} Uhr.
Ende 10^{1/2} Uhr.
Sonderl. 5.20 Mk.

Dr. G. Auf: Der Jagenerbaron. Sa. 10. Juli: Das Wintermärchen

Tel. 725
oder Postkarte Kaiserstr. 97 für Abholen u. Zustellen

Wäscherei Schorpp

Schluss-Angebot im Saison-Ausverkauf

| | |
|---|------------------|
| Reise- und Sport-Anzug 4-teilig, beste Werkstättenverarbeitung, lange und kurze Hosen | 68.- |
| Herren-Gabardine-Mantel für Straße und Reise, imprägn. | 56.- |
| Herren-Loden-Mantel Mäntler Fabrikat, imprägniert | 28 ⁵⁰ |
| Herren-Gummi-Mantel außerordentlich preiswert | 14 ⁵⁰ |
| Einzeln. Manchester-Anzüge 2-teilig | 36.- |
| Breaches-Hosen Manchester | 12.- |
| Herren-Windjacken Seelisch, imprägniert | 14 ⁵⁰ |
| Bade-Anzüge | |
| Herren und Damen | 1.50 u. 1.20 |
| Kinder | 1.50 |
| Badehosen | 1.40 |
| Badehauben | 1.30 |
| Wasch-Kleid Best. | 7.- |
| Tenniskleid Panama | 14.- |
| Reise- und Straßen-Kostüm engl. gemustert | 48.- |
| Voile-Blusen einzeln | 5.- |
| Zefir-Blusen einzeln | 7.- |
| Natte-Blusen einzeln | 7.- |
| Damen-Gabardine-Mantel moderne Farben, imprägniert | 38.- |
| Bettritte reinnollene Sport-Westen | 4.80 |
| Herren-Sport-Hemden mit feinen Stragen | 2.60 |
| Manell, gestreift | 1.80 |
| Panama, la. weiß | 4.80 |
| Panama, bla. mit roten Stragen | 1.50 |
| Knaben-Sporthemden | 1.80 |
| Knaben-Wanderblusen | 3.25 |
| Einsel-Paare Tennisschuhe | 2.50 u. 2.- |
| Mückenschleier | 3.- |
| Auf alle nicht im Preis besonders herabgesetzten Waren gewähren wir einen Sonder-Rabatt .10% | |
| Sporthaus FREUNDLIEB Karlsruhe | |

Achtung! Freitag und Sonnabend erhält man **Achtung!**

bei **Einkauf für 1 Mark** Zucker ausgeschl.



bei **Einkauf für 1 Mark** Zucker ausgeschl.

ein Empfehlungs-Geschenk

in den Karlsruher Filialen von

Kaiser's Kaffee-Geschäft

Kaiserstraße 27 / Kaiserstraße 68 / Kaiserstraße 134
Kaiserstraße 243 / Roonstraße 1 / Mühlburg: Rheinstraße 34 b

Beachten Sie unsere Schaufenster-Auslage!

Die Frau, die he imlich grüßte ...

Ein Bild aus der Berliner Gesellschaft.
Roman von Paul Rosenhann.

(18) (Nachdruck verboten.)

Jalant schenkte sich den dampfenden Tee ein und bis in das kaiserliche Prötchen.

Warum aber hatte Erich ihm überhaupt dieses Märchen von Agnes' Entführung aufgetischt? Es hätte doch genügt, wenn er sich überhaupt nicht hätte blicken lassen — zumal Jenz ihn bereits auf dem Wege nach Amerika glaubte!

Auch dafür gab es eine Erklärung. Erich hatte den Wunsch, daß Jenz sich an den Gedanken gewöhnen solle, Agnes sei verschwunden. Vielleicht hoffte er, Jenz werde in der Tat nach der Verschwendung suchen und Berlin verlassen, während Erich feierlich in der Stadt blieb, in der Nähe der Geliebten, einedenk der alten Erfahrung, daß der Abwesende immer im Nachteil ist!

Ein fester Schritt kam die Treppe herauf. Er wußte, daß dieser Besuch ihm galt; aber er konnte sich im Augenblick nicht erinnern, wem dieser gleichmäßige, ruhige Schritt angedörte.

Es gab einen, der alle Zweifel hätte lösen können: jener Mann, der vor wenigen Tagen hier vor ihm gestanden. Der Mann, der sich für seine Maschine interessierte. Der Mann — Jenz — fühlte, wie es ihm heiß zum Herzen schob, — den er in der Gesellschaft der Geliebten gesehen hatte. Der mußte alles wissen und alle Beweggründe kennen — genauer als irgendein anderer Mensch auf der Welt.

Es klopfte. Jenz Jalant ging zur Tür und riß sie auf.

Vor ihm stand der, mit dem sich seine Gedanken eben beschäftigt hatten.

„Guten Tag, Mr. Jalant,“ sagte er. Er hatte den Hut ein wenig ins Gesicht geschoben, und es wirkte wie eine joviale Selbstverständlichkeit, daß er ihn auf dem Kopf behielt, als er eintrat. Er zog die Tür hinter sich zu, versenkte beide Hände in die Taschen seines grauen Gabardineanzuges und blieb an der Tür stehen.

„Ich habe mich in diesen Tagen mit Ihrer Maschine beschäftigt, Mr. Jalant. Wenn die Sache so ist, wie Sie mir sagen — Sie verstehen. Sie haben mir von dem einen gesprochen, was Sie wissen und beweisen können, und Sie haben mir von dem andern gesprochen, was Sie hoffen.“

„Verzeihung, mein Herr. Es ist mehr als eine Hoffnung — es ist auf Grund sicherer mathematischer Grundlagen errechnet.“

„— was Sie auf Grund mathematischer Grundlagen errechnet haben, mein Herr. Aber Sie haben mir selbst gesagt, daß ein Vermögen — ein großes Vermögen — erforderlich ist, wenn die Sache gemacht werden soll. Well, Mr. Jalant, ich bin bereit, das erforderliche Kapital herzugeben. Sie sprachen von fünf Millionen. Ich habe eine ungefähre Kalkulation gemacht, und ich glaube, Sie haben ein wenig zu niedrig gegriffen. Gehen wir also schon zehn Millionen Mark.“

„Sie wollten wirklich?“

„Einen Augenblick. Ich möchte Ihre Erklärung zuvor einigen Sachverständigen zeigen. Haben Sie sie schon zum Patent angemeldet?“

„Nein.“

„Das ist sehr nachlässig von Ihnen.“

„Alle Zeichnungen sind fertig — ebenso die Beschreibung. Ich hätte das Ganze nur zum Patentbüro zu bringen.“

„Warum haben Sie das nicht längst getan?“ fragte der Fremde erkömt. Dann, indem ein Lächeln in sein Gesicht trat, schnippte er sich an den Hut. „Na ja. Kann mir schon denken. Hier haben Sie einen Scheck. Wenden Sie Ihr Patent an, damit Sie sich die Priorität auf alle Fälle gesichert haben. Und dann zeigen Sie

uns ... Wie lange brauchen Sie, um die Maschine zu montieren?“

„Ein paar Stunden.“

„Können Sie sie heute abend um sechs Uhr vorführungsbereit haben?“

„Mit Leichtigkeit.“

„Also hören Sie, was ich Ihnen sage. Wenn Sie vom Patentamt kommen, so fahren Sie ins Hotel Cosmopolite. Sie kennen es wohl: am Bahnhof Friedrichstraße. Nennen Sie Ihren Namen — man wird Sie in einen kleinen Saal führen. Das ist der Konferenzsaal des Hotels. Legen Sie dort in aller Ruhe Ihre Drähle und stellen Sie die Maschine auf; um sechs Uhr werden wir zur Stelle sein. Einverstanden?“

„Gewiß — mein Herr,“ sagte Jenz langsam. „Ich bin einverstanden mit allem, was Sie sagen. Güns möchte ich noch fragen ...“

Der Fremde, der sich bereits zum Gehen gewendet hatte, sah sich erkannt um. „Nun?“

„— mit wem habe ich eigentlich die Ehre? Sie haben mir bisher Ihren Namen nicht gesagt.“

„Habe ich nicht?“ lachte der andere. „So — dann habe ich es vergessen. Man überreicht wohl eigentlich eine Visitenkarte bei euch in Deutschland, nicht wahr? Aber warten Sie mal, das können Sie viel einfacher haben. Mein Name steht auf dem Scheck, den ich Ihnen eben gegeben habe.“

Jenz sagte zögernd nach dem Papier, das auf seinem Schreibtische lag. Dann wurde ihm plötzlich das Unmanierliche seines Vorgehens klar, und er sagte, indem er dem Besucher ins Gesicht blickte: „Ich glaube nämlich, mein Herr, ich habe die Ehre, Ihr Fräulein Tochter zu kennen.“

„Meine Tochter?“ wiederholte der Fremde. „Ich habe keine Tochter.“

„Verzeihung. Ich habe mich vielleicht falsch ausgedrückt. Ich meine die junge Dame, die in Ihrem Auto an Ihrer Seite saß, als ich Sie vor einigen Tagen hinuntergelassen.“

Der andere sah ihn an. „In meinem Auto? An meiner Seite? Ich kenne in ganz Berlin keine Dame und bin nie mit einer im Auto gefahren.“

Jenz schüttelte ungeduldig den Kopf. „Sie müssen sich irren, mein Herr — wahrscheinlich haben Sie's vergessen. Ich sah das Gesicht der jungen Dame deutlich neben Ihnen. Ich weiß es ganz genau — es war in jenem Augenblick, als Sie das Licht im Auto einschalteten.“

„Sie sind zum dritten Male auf falschem Wege. Mein Auto hat gar keine Innenbeleuchtung.“

Jenz sagte sich an den Kopf. Dann zog er sein kleines Notizbuch. „Ihr Auto hat die Nummer 1426; ich habe sie mir notiert.“

Statt aller Antwort wandte sich der Besucher zum Gehen. „Bis auf sechs Uhr, Mr. Os.“

„Darf ich Sie hinunterleiten?“

„Wenn es Ihnen Vergnügen macht — bitte.“

Der Wagenführer drehte abend die Kurbel. Er als die beiden aus dem Hause traten. Der Besucher krieg ein und warf mit kurzen Schritten den Schlag hinter sich zu. Ratternd setzte sich der Wagen in Bewegung. Jenz Jalant warf einen Blick auf die Nummer und fuhr betroffen zurück.

Das Auto führte die Zahl 444.

Er blieb gedankverloren stehen und blickte dem davonfahrenden Gefährt nach, auf dessen blankem Verdeck der Strahl der jungen Sonne glühte. Dann wandte er sich kopfschüttelnd und ging leuchtend die Treppe hinan.

Auf dem Schreibtisch lag der Scheck. Er hatte gefaltet ihn. Er lautete über Reichtum und Macht und trug die Unterschrift: James Macdonald.

Jenz Jalant hatte die Anmeldung auf dem Patentamt erledigt und die Einreichungsgelder bezahlt. Dann hatte er schnell bei Anderen einen Mittagessen eingenommen. Darauf hatte er eilig seine Maschine abholt und war ins Hotel Cosmopolite gefahren. Man hatte ihn hier mit einer Höflichkeit empfangen, die annehmlich mit einer Rücksicht auf das Ansehen zu sein, das Macdonald in diesem Hause genoss. Ein paar Bedientere hatten sich ihm zur Verfügung gestellt, er dankte — das werde er allein bestoraen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Stadtkreis Abendgang.

Blaue Dämmerung liegt in den Straßen. Eine letzte Schwalbe zwitschert noch hoch über den Telephondrähen, die sich kaum abzeichnen. Sie und da funkelt ein erster Stern, einer blüht sogar durch die Mittagglut der Lunde, aus deren Zweigen es sommerlich herabweht. Das ist die Stunde, in der die Menschen am liebsten ihren Abendgang machen.

Viele gehen heraus, ohne sich ein Tuch um die Schultern zu nehmen, alle ohne Hüte. Sie wollen nur ein paar Straßen weit. Sie und da bleiben sie stehen, sprechen mit den Nachbarn vor den Türen, lauschen einem Grammophon, das herüberklingt oder machen Pläne für den nächsten Tag. Ihr Schritt ist ruhig und gemächlich; sie haben ihr Tagewerk hinter sich, und verbringen nun den Abend, wie er sich gerade verbringen läßt.

Sie und da brennt Licht. Hinter den Gardinen der Parterrenwohnungen sieht man Menschen um den Tisch herum sitzen; sie haben nicht einmal die Vorhänge zugezogen. Sie lesen, der eine spielt vielleicht auf der Gitarre, der andere läßt dem Rauch seiner Zigarre nach. Frieden brinnen und draußen.

Die magische Gärten hängen die grünen Balcons an den Häusern. Das gelbe Licht zeichnet die Gegenstände so seltsam weich und träumerisch nach. Raum, daß sich oben jemand bewegt. Die Schatten halten ganz still, aber man hört sie sprechen. Durch den Garten dringen Stimmen herüber.

Hern kommt eine Elektrische. Man fühlt den blauen Funken in der Luft, der an ihrem Draht entlang fließt. Sie fährt mit ihren hellen Fenstern tummelnd am Straßende vorbei. Sie gehört nur einmal in das Bild unserer Stadt. Ihr gutmütiges Brummen führt uns nicht mehr. Und doch lieben wir gerade deshalb unsere Straße, weil in ihr nicht die Elektrische fährt.

Abend für Abend machen die Menschen ihren stillen Gang. Es gehört das dazu, wenn der Sommer da ist.

Schulgeldbefreiungsmöglichkeit.

Das Amtsblatt des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 1. Juli bringt eine Bekanntmachung, nach der tüchtige und begabte Schüler aller Schulstufen sich durch eine Einlage um Schulgeldbefreiung und Unterstützung bewerben können. Jedoch kommen nur solche Schüler in Betracht, die gemäß Erlaß vom 2. August 1920 schon einmal Unterstützung bezogen. Dem Wunsch ist ein selbstgeschriebener Lebenslauf und eine Abschrift aller Zeugnisse der letzten fünf Jahre beizufügen, die vom Schulleiter beglaubigt sein muß.

Die Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer.

Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorauszahlungen nach dem erhaltenen Steuerbescheid zu leisten sind. Die Schlußfrist wurde allgemein bis zum 21. Juli verlängert. Auch wer den Steuerbescheid bis 17. Juli erhalten hat, muß die Vorauszahlungen nach dem Bescheid entrichten. Wo der Steuerbescheid nicht bis 17. Juli eingetroffen ist, bleibt es bei der bisherigen Anordnung. Die verlängerte Schonfrist gilt auch für die Umsatzensteuer. Man vergleiche die Notiz in Nr. 212 des "R. T."

Das neue Postverwaltungsheim „Wasserfallhotel“ Allerheiligen (Vierbachthal).

Am Sonntag, den 4. Juli, fand im Beisein des Präsidenten der Oberpostdirektion Karlsruhe, Herrn v. Cammelein, sowie Oberpostreferent v. a. d. r. und Postrat v. Hennelberg die feierliche Eröffnung des vom Reichs- und Reichsbund der mittleren Betriebsbeamten der Deutschen Reichspost erworbenen Postverwaltungsheims „Wasserfallhotel“ bei Allerheiligen statt. Das im schönen Vierbachthal bei Allerheiligen berühmten Wasserfällen gelegene Heim, das nach an diesem Tage der Anziehungspunkt vieler Gäste wurde, ist ein herrliches Beispiel für die Wohnkultur der Postbeamten aus dem ganzen Reich. Die Postbeamten, hatten sich zu der Feier eingeladen.

Postsekretär Waldeder führte in seiner Eröffnungsrede u. a. aus, daß das Verwaltungsheim nicht nur ein Wohnort der Einzelnen der Postbeamten sein soll, sondern auch ein Beweis für die Postbereitschaft der Mitglieder, wenn es gilt, Einrichtungen zu schaffen, die dem Wohle der Gesamtheit dienen. Im weiteren gedachte v. Cammelein die zum Gelingen des Unternehmens beigetragen haben. Besonderer Dank gebührt dem Präsidenten der Oberpostdirektion, der bei dem Erwerb jederzeit durch Rat und Tat seine Unterstützung geleistet hat, ausgedehnt; ebenso dem Postmeister Fleig in Allerheiligen für seine tatkräftige Hilfe. In einer tiefempfundenen Ansprache gab Präsident v. Cammelein seiner Freude darüber Ausdruck, daß es nunmehr auch den Postbeamten

Revision im Prozeß Haller.

Statt 2 Jahre Zuchthaus 3 1/2 Jahre Gefängnis.

Am Karlsruhe, 7. Juli. Der 42 Jahre alte verheiratete städtische Finanzinspektor Heinrich Haller wurde bekanntlich am 19. Mai ds. Js. vom Karlsruher Schöffengericht wegen Amtsunterschlagung in Höhe von 28000 M. M. zu zwei Jahren Zuchthaus, den Kosten des Verfahrens und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Gegen dieses schöffengerichtliche Urteil hatte sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Verteidigung Berufung eingelegt.

Die Berufungsverhandlung fand heute vormittag vor der Karlsruher Strafkammer statt. Der Angeklagte gab auch heute seine Tat in vollem Umfange zu. Die unterschlagenen Beträge will er ausschließlich bei Rennwetten verloren haben, ohne daß hierüber nähere Angaben von ihm zu erlangen sind. Aus den Zeugnisaussagen ging u. a. hervor, daß sich der Angeklagte, der in Gruppe 8 monatlich 370 Mk. bezog, nicht in bedrängter Lage befunden hat. Weder hatte er Spielvergnügen und Gewinnsucht, noch auf die Bahn des Verbrechens gebracht. Von seinem Vorgesetzten wird er als fleißiger Beamter, von einem weiteren Zeugen als guter Ehemann und Hausvater geschildert. Die entwendeten Beträge sollte er bei Rennen in Frankfurt, Jfzesheim und Mannheim, mitunter auch bei solchen im Ausland; mehrere Male gab er die Beträge zu Rennwetten einem ihm bekannten französischen Mitglied der seinerzeit hier weilenden interalliierten Militärkontrollkommission.

In seinem Plaidoyer stellte der Staatsanwalt fest, daß die eingehende Beweisaufnahme hinsichtlich des Tatbestandes nichts neues brachte. Wenn die Verteidigung darauf abhebe, daß die Direktion der Stadtkasse moralisch indirekt mitverantwortlich gewesen sei, so ändere dies nichts an der Tatsache, daß das Verbrechen, nach dem der Angeklagte bei seinen Unterschlagungen und Fälschungen verfuhr, außerordent-

lich raffiniert sei. Mit Rücksicht darauf, daß das Motiv des Angeklagten egoistischer Natur und nicht eine gewisse Notlage bildete und auch darauf, daß die Unterschlagung während der letzten Zeit allgemein zugenommen haben, müsse durch eine strenge Strafe die Tat gesühnt und abschreckend gewirkt werden. Der Angeklagte verdienne keine mildernden Umstände. Der Staatsanwalt beantragt Erhöhung der Zuchthausstrafe von zwei auf zweieinhalb Jahre.

Die Verteidigung führt an, daß in der ersitzungslichen Verhandlung seitens der Staatsanwaltschaft nur ein Jahr Gefängnis beantragt worden war, wogegen das Schöffengericht auf zwei Jahre Zuchthaus erkannte. Unter Würdigung der menschlichen Eigenschaften des Angeklagten und mit Rücksicht auf sein Familienleben und seine Zukunft wird seitens der Verteidigung eine Gefängnisstrafe von nicht über zwei Jahren beantragt. Nach längerer Beratung verkündet das Gericht folgendes

Urteil:
Wegen Amtsunterschlagung wird der Angeklagte zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis, abzüglich zwei Monate der Untersuchungshaft, drei Jahren Ehrverlust und zur Ertragung der Kosten verurteilt. Begründend wird erwähnt, daß mit Rücksicht auf die raffinierten Fälschungen und die geminnüchtigen Beweggründe auf eine exemplarische Strafe, die nach außen nicht ohne Wirkung bleibe, erkannt werden mußte. Unter Beamtentand müsse rein erhalten bleiben. Als einziger mildernder Umstand wurde die Tatsache gebucht, daß Haller als Beamter fleißig war, und um ihm nach Verlassen der Strafanstalt die Möglichkeit neuer Erfindungsgründe zu geben, sei die Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe umgewandelt worden.

der unteren Besoldungsgruppen ermöglicht sei, in einem eigenen schönen Heime Ruhe und Erholung zu finden.

Gefangliche und musikalische Darbietungen gaben der Feier eine besondere Weibe. Nach weiteren Begrüßungs- und Dankesreden, wobei besonders die zu Herzen gehenden Worte des Kollegen Tel.-Zentr. Vogel-Freiburg und des Altweiteranen Kollegen F. H. Bruchsal freundlichen Wiederhall fanden, nahm die Feier einen würdigen Abschluß.

Oberheimischer Schachbund.

Am 1.-4. August findet der diesjährige Schachkongress in Freiburg statt. Das Hauptereignis bildet wieder der Kampf um die Bundesmeisterschaft und den Wanderpokal, den Herr Theo W. C. S. v. Karlsruher Schachklub zu verteidigen hat. Neben dem bekannten Rivalen aus Mannheim und Ludwigsfelde ist ihm in seinem Klubgenossen R. Kus vielleicht der gefährlichste Gegner erwachsen.

An zweiter Stelle steht wieder das Hauptturnier für die starken Spieler, die sich den Aufstieg in die Meisterschaft des Bundes eringen wollen; ein dornenvoller Weg, den mancher jahrelang pilgerie, bis es ihm gelang, an die Spitze zu kommen.

An dritter Stelle das Nebenturnier, das den Aufstieg zum Hauptturnier verheißt. Voraussetzungen sind dann noch bei diesem Kongress ein Länderwettkampf Deutscher Schachbund-Schweizer Schachbundverein mit Spiel und Rückspiel am 12. Brettern am 4. und 5. August stattfinden und dem Kongress eine besondere Anziehungskraft verleihen.

Badische Gedentage.

Am 8. Juli 1639 starb in Neuenburg a. Rh. bald nach der Eroberung von Breisach Herzog Bernhard von Weimar; die Festung fiel nach seinem Tode an Frankreich, bei dem sie bis 1697 blieb.

Am 8. Juli 1826 wurde auf Anregung des Freiherrn J. v. Wessenberg die erste Blindenanstalt in Baden zu Mariahof gegründet.

Am 8. Juli 1890 starb Albert Dürer, ein begabter Volksschriftsteller, dessen vollständige Erzählungen durch den „Fährer Süntzen“ weit im Lande verbreitet waren.

Am 8. Juli 1922 starb in Baden-Baden Prof. Ferdinand Keller, der als Historien-, Bildnis- und Landschaftsmaler lange Jahre hindurch eine Blüte der Karlsruher Kunstakademie war. Seine bekannteste Schöpfung ist das große Gemälde der „Schlacht bei Slatkamen“, jetzt im Schlossmuseum.

Ehronung.

Auf dem letzten Verbandstag des Landesverbandes der Freireue Badens wurde dem Ehrenvorsitzenden des Verbandes, Franz Haselwander-Karlsruhe in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um das Freireuegewerbe das goldene Verbandsabzeichen nebst Urkunde verliehen.

Auszeichnung.

Dem Vorsitzenden der Bad. Landwirtschaftskammer, Dr. h. c. Graf Donat Laß (Schloß Langenstein) und dem Guts-

Schäfer- und Besizer J. Reischmann, Grün-Hedenhof (Ami Meßkirch), 2. Vorsitzender des Süddeutschen Schäfer-Verbandes (Abteilung Baden) wurden vom Reichsverband für Deutsche Schafzucht ein großes silbernes Ehrenschild in Anerkennung langjähriger Verdienste um die heimische Schafzucht verliehen.

Ein Ehrenabend für Udet. Zu Ehren des Kunstfliegers Udet fand am Dienstagabend beim badischen Staatspräsidenten ein Ehrenabend statt, bei dem Stadtratungsrat Hermann dem Staatspräsidenten im Namen der Gäste den Dank für das rege Interesse an der Entwicklung des Luftfahrtwesens aussprach. Der badischen Luftverkehrsgesellschaft ist es gelungen, Udet zu einem zweiten Schaufliegen für den 19. September nach Karlsruhe zu verpflichten.

Freiw. Feuerwehr Karlsruhe-Rintheim. Am Sonntag, 11. Juli, begab die Freiw. Feuerwehr Rintheim ihr diesjähriges Gartenfest in den sogenannten Krautgarten am Weinweg, von der Straßenbahnhaltestelle, für Rintheim an der Durlacher Allee, in fünf Minuten zu erreichen. Bei Mitwirkung der Rintheimer Feuerwehrkapelle wurden Gönner und Freunde der Rintheimer Feuerwehr auf diesem schattigen Plätzchen einige frohe und angenehme Stunden verleben.

Falsche Zwanzigmarkscheine. Bei Annahme von Reichsbanknoten über 20 Mark, Ausgabe vom 11. Oktober 1924, ist Vorsicht geboten, da unter diesem Datum hergestellte falsche Banknoten existieren. Die falschen Merkmale, die Falschstücke zu erkennen, sind zwei zusammengelebte Blätter mit dazwischen gestreuten falschen Fäden, das Wasserzeichen ist durch deckenden Aufdruck auf der Innenseite des Grundblattes vorgefälscht; in der Durchsicht sind mit auffallend verschwommener Zeichnung die Buchstaben „in“ im Worte „Berlin“ des Ausfertigungsdatums oben nicht getrennt.

Nachfolgender Tod. Der Kraftwagenführer Willi Pfaff, der in der Bannwald-Allee mit seinem Motorrad verunglückte, ist im städtischen Krankenhaus an den erlittenen Verletzungen gestorben.

Unfall. Eine 82 Jahre alte Witwe von hier fiel Dienstag nachmittag am Hauptbahnhof die Aufgangstreppe zum Bahnsteig 2 herunter und trug Verletzungen im Gesicht, Hand und Arm davon. Die Frau wurde nach der Bahnhofswache verbracht, von wo sie nach Anlegung eines Notverbandes von ihren Angehörigen in einer Droschke nach ihrer Wohnung gebracht wurde.

Festgenommen wurden: ein von der Staatsanwaltschaft Magdeburg wegen Diebstahls und von der Staatsanwaltschaft Göttingen wegen Unterschlagung freibrieflich verfolgter Arbeiter aus Dresden, ein Sattler aus Mainz wegen Tierquälerei, zwei Ausländer wegen Vergehens gegen die Falschbestimmungen, ein Kaufmann von Memmingen wegen Uebertretung der Gewerbeordnung, ferner 4 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Mitteilungen des Bad. Landestheaters.

Richard Wagner's vollständiges Werk „Die Meistersinger von Nürnberg“ wird am Sonntag, den 11. Juli, in einer wohlüberlegten Aufführung dem Theaterpublikum dargeboten werden. Da diese Vorstellung die

letzte Überaufführung in dieser Spielzeit sein wird, hat sich die Generaldirektion entschlossen, sehr niedere Preise festzusetzen.

Neues vom Film.

In den Residenz-Theatralen gelangt ab heute der Ufa-Großfilm: „Die letzte Droschke von Berlin“ zur Aufführung. Ein Volkstümlich, ein Zeitbild, eine der kleinen unscheinbaren Lebensepisoden, wie sie täglich geschehen und gelbesen können, ein Alltagsdrama, eine tolle Wirklichkeit, ohne heroischen Glanz, besingend, erschütternd, zu Tränen rührend durch die menschliche Nähe, besingend und bannend durch den menschlichen Jambus, der Betters und Trauriges hier zu einer beglückenden Einheit verknüpft. Im Programm der Ufa-Kulturfilm: „Die Stadt auf 118 Inseln.“ Bereitet vom Institut für Kulturforschung.

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle, 6. Juli: Anna, 1 Jahr, 1 Monat, 15 Tage alt, Vater Willi G. r. v. Straßens-Schaffner; Helmut, 8 Tage alt, Vater Karl K. u. b. n. v. M. Schloffer; Rosa Diermann, 25 Jahre alt, Ehefrau von Heinrich Diermann, Handwerker, 7. Dittke K. a. m. e. r., 40 J. alt, Ehefrau von Peter K. a. m. e. r., Metallschleifer; Anna Müller, 18 Jahre alt, ohne Beruf.

Wetternachrichtendienst

der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Das Tiefdruckgebiet über der Nordsee ist neuerdings wieder aufgefüllt. Zwei Kerne desselben liegen noch über Südenland und der Nordsee. Wesentlich für die Witterung unseres Landes sind jedoch die geringen Druckdifferenzen über dem mitteleuropäischen Kontinent, die bei allgemein steigendem Druck weiterhin Anlaß zu gewitterartigen Regenfällen bei vorwiegend trübem Himmel geben werden. Eine außerordentlich kräftige Zyklone, die gegenwärtig über dem Nordatlantik liegt, dringt gegen Island vor und wird unsere Witterung voraussichtlich nicht beeinflussen. Die allgemeine Druckverteilung, derzufolge Deutschland im Sattel zwischen dem Hoch über dem Nordmeere und dem über den Azoren liegt, läßt für einige Tage noch Fortdauer der Periode gewitterreichen Wetters erwarten.

Wetterausichten für Donnerstag, den 8. Juli: Keine Änderung des bestehenden Witterungscharakters.

Badische Meldungen.

| Städte | Niedrigst | Temperatur | Wind | Wetter | Witterung | | | | |
|------------|-----------|------------|------|--------|-----------|-----------|---------|---|---|
| Karlsruhe | 120 | 75.2 | 16 | 14 | Stille | Reg. | 0 | — | |
| Baden | 213 | 75.0 | 16 | 24 | 15 | SW leicht | Reg. | 4 | — |
| St. Gallen | 780 | 7 | 13 | 18 | 11 | SW leicht | bed. | 5 | — |
| Heidelberg | 1202 | 68.2 | 9 | 8 | 8 | Stille | Regelr. | 4 | — |

Außerbadische Meldungen.

| Städte | Niedrigst | Temperatur | Wind | Stärke | Wetter |
|-----------|-----------|------------|--------|---------|-----------|
| Karlsruhe | 581.2 | 4 | SW | leicht | bedekt |
| Berlin | 758.1 | 10 | NO | leicht | wolff. f. |
| Darmstadt | 759.3 | 17 | SW | leicht | Regel |
| Stuttgart | 762.2 | 5 | N | leicht | bedekt |
| Stuttgart | 761.1 | 24 | SW | leicht | wolff. f. |
| Stuttgart | 759.7 | 16 | SW | leicht | heiter |
| Köln | 760.7 | 16 | SW | leicht | wolff. f. |
| London | 756.2 | 18 | SW | leicht | Regen |
| Bonn | 762.5 | 17 | W | schwach | bedekt |
| Paris | 758.6 | 15 | W | leicht | wolff. f. |
| München | 758.8 | 16 | SW | leicht | bedekt |
| Genève | 759.3 | 14 | SW | leicht | Regen |
| Luzern | 758.7 | 16 | SW | leicht | bedekt |
| Zürich | 756.6 | 18 | W | leicht | Regen |
| Basel | 757.5 | 24 | NO | leicht | bedekt |
| Neapel | 756.5 | 22 | NO | leicht | wolff. f. |
| Venedig | 759.8 | 16 | W | leicht | heiter |
| Wien | 758.0 | 16 | Stille | leicht | bedekt |
| Brüssel | 757.1 | 20 | NO | leicht | heiter |
| Lissabon | 758.8 | 18 | Stille | — | Regen |
| Mexiko | 757.9 | 26 | Stille | — | heiter |

Rheinwasserstand.

| Städte | 7. Juli | 6. Juli |
|-----------------|---------|-----------------------|
| Waldshut | 3.84 m | 3.82 m |
| Schaffhausen | 2.86 m | 2.82 m |
| Reichertshausen | 3.72 m | 3.70 m |
| Maxau | 3.75 m | 3.81 m |
| " | — | mittags 12 Uhr 3.79 m |
| " | — | abends 6 Uhr 3.78 m |
| Mannheim | 5.10 m | 5.17 m |

Tagesanzeiger

Man beachte die Anzeigen!

Donnerstag, 8. Juli.

Bad. Landestheater: 7 1/2—10 1/2 Uhr: „Der Bauer als Millionär“.

Konzerthaus (Bad. Lichtspiele): abends 8 Uhr: Wallenstein's Nacht.

„Drei Linden“ Mühlburg: abends 8 Uhr: Vortrag: „Evangelische Freiheit oder freies Evangelium“.

Residenz-Theater: „Die letzte Droschke von Berlin“, „Die Stadt im Meer“, „Jim der Blaubeer“, Auslandswoch.

Ein altes, wahres Wort: Das Beste ist das Billigste!

Die besten und deshalb billigsten Suppen bereiten Sie mühelos aus MAGGI's kochfertigen Suppen-Würfeln. — 1 Würfel für 2 Teller, nur 13 Pfg. Große Sortenauswahl.



Grundsteinlegung des Gebäudes für Leibesübungen der Technischen Hochschule.

In Anwesenheit eines größeren Publikums, von Vertretern der Regierung, darunter Staatspräsident Lrunk an der Spitze, Vertretern der Stadt, der Polizei, von Rektor und Lehrkörper, und zahlreichen Freunden und Gönnern der Hochschule fand gestern nachmittag die feierliche Grundsteinlegung des Gebäudes für Leibesübungen der Technischen Hochschule, das neue Hochschulsportstadion, im Kasanengarten statt. Damit verbunden war die Austragung der Hochschulsportstätten.

Um 6 Uhr zog die Studentenschaft mit den Fahnenabteilungen in Marsch auf und nahm rings um die Baugrube Aufstellung, während die Polizeikapelle einen Marsch intonierte.

Die Begrüßungsansprache hielt der Rektor der Hochschule, Geh. Oberbaurat Dr. Rehbock, mit einem Hinweis auf den Zweck des Baues, der dazu dienen sollte, die Studierenden körperlich auszubilden und sie in den Stand zu setzen, die geforderte geistige Arbeit zu leisten und sie zu stärken für den Beruf des Ingenieurs. In kurzer Zeit wurde sich ein solzer Betonbau, umrahmt von hundertjährigen Eichen, erheben, der herabzusehen werde auf die von der Stadt Karlsruhe gestiftete Kampfbahn. Manche Schwierigkeiten seien zu überwinden gewesen, um zu ermöglichen, daß noch in diesem Jahre das Gebäude wenigstens im Rohbau vollendet werden könne. Der Redner dankte den Erschienenen, insbesondere dem Staatspräsidenten und den übrigen Vertretern des Staates, der Stadt Karlsruhe und der großen Zahl von Freunden und Gönnern, ferner dem Ausschuss für Leibesübungen mit Prof. Dr. Paulke an der Spitze, dem es nach lebensfähigen Bemühungen vergönnt sei, heute sein Streben von Erfolg gekrönt zu sehen. Der Baukommission unter Leitung von Prof. Dr. Caciar, dem bauführenden Architekten, Professor Dr. Alfer, der Stadt Karlsruhe für die Stiftung der Kampfbahn und insbesondere Bürgermeister Schneider für seine stete Hilfsbereitschaft, der Studentenschaft, die mit eigener Hand die Baugrube für die Fundamente ausgehoben hat sowie allen Gönnern der Hochschule, welche die finanzielle Grundlage für den Bau geschaffen haben, der vollständig aus freien Mitteln errichtet, ein solches Zeichen für das Zusammengehörigkeitsgefühl der weiten Gemeinde der Freunde der Fridericianae sei. Die Hochschule sei stolz, daß sie sich einen solchen Kreis von Gönnern und Freunden aufgebaut habe und hoffe, daß sich der Kreis noch dauernd erweitern werde. In dieser Hoffnung und mit dem Wunsche, daß auch dieses Gebäude beitragen möge zum Blühen und Gedeihen der Hochschule brachte der Rektor ein Hoch auf die Fridericianae aus.

Die Festsprache hielt Professor Dr. Paulke, der Vorsitzende des akademischen Ausschusses für Leibesübungen, der sich zunächst über Zweck und Bestimmung des Baues verbreitete: die Grundlage zu legen für die Errichtung der Studentenschaft und damit auch beizutragen zur Wiederaufrichtung des deutschen Volkes. Auch er sprach allen Mitarbeitern am Werk herzlichen Dank aus und bemerkte, daß auf der Düsselborfer Ausstellung die Einrichtungen der Karlsruher Hochschule auf dem Gebiete der Leibesübungen und der körperlichen Erziehung als vorbildliche bezeichnet worden seien. Lehrkörper und Studentenschaft müssen sich vereinen zu dem gemeinsamen Ziele der Errichtung, erliere auf geistigen, letztere auf körperlichem Gebiete, beides in enger Verbindung miteinander, damit ein körperlich und geistig starker Nachwuchs herangezogen werde. Es gelte Deutschlands Zukunft.

Hierauf erfolgte die feierliche Grundsteinlegung durch den Rektor. Eine Urkunde über den Grundsteinlegungsakt, dazu Münzen usw. wurden in eine Kapsel verpackt, diese verlobt und in das Fundament gelegt, das darauf zugemauert wurde. Die ersten drei Hammerschläge vollzog Professor Rehbock namens des Senats mit den Worten: Der Studentenschaft zum Nutzen, der Hochschule zur Ehre, dem Vaterlande zum Segen.

Professor Alfer folgte dem Beispiel mit den Worten: Als Symbol für die Neuaufrichtung unseres lieben Vaterlandes. Staatspräsident Lrunk für die babische Regierung mit dem Wunsche, daß der Bau erliche und dauerne mit Gott für die deutsche akademische Jugend zum Wohle des babischen Volkes für das deutsche Vaterland.

Weitere Hammerschläge vollzogen Geh. Rat Schwoerer namens der babischen Unterrichtsverwaltung, Stud. Ketterer namens der Studentenschaft, Stud. Dieck als Vorsitzender des studentischen Amtes für Leibesübungen und Professor Paulke als Vorsitzender des akademischen Ausschusses für Leibesübungen.

Stud. Ketterer hielt darauf als Vertreter der Studentenschaft eine Ansprache, in der er betonte, daß der Bau dazu dienen sollte, der Studentenschaft neben dem geistigen Nützling, körperliche Stärkung zu gewährleisten.

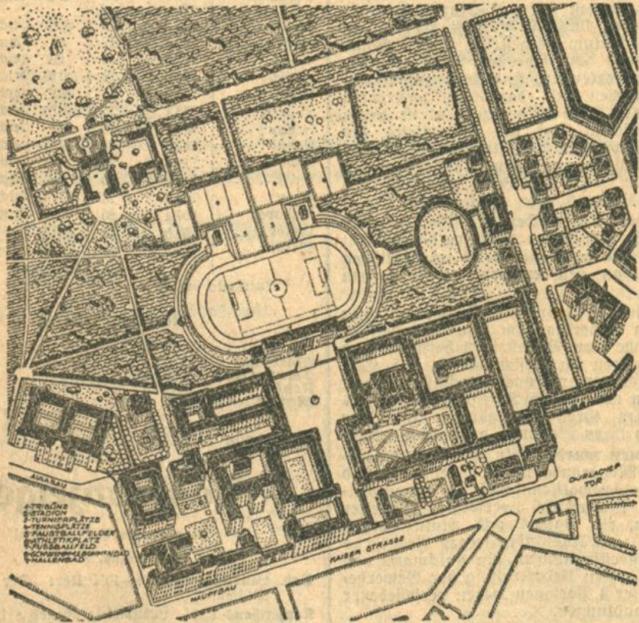
Hierauf folgte das allgemeine Lied: Burischen heraus! Der Rektor verkündete alsdann die Liste der Sieger bei dem Hochschulsportfest. Den Wanderpreis des Senats errang die Turnerschaft der Gymbria. Der Redner betonte dabei, daß die Wettkämpfe trotz des reinerischen Wetters einen sehr zufriedenstellenden Verlauf genommen hätten, was er als gutes Zeichen ansehen möchte für die Ziele, die dem Neubau gestellt seien.

Unter den Klängen eines Marsches der Polizeikapelle erfolgte hierauf der Abmarsch der Studentenschaft.

Das neue Gebäude.

Nicht alles kann so ausgeführt werden, wie es ursprünglich geplant wurde, denn die Mittel reichen nicht. Aber es ist erfreulich, daß wenigstens der Anfang gemacht und daß den dringendsten Bedürfnissen entsprochen werden kann. Aber die Teile des Gebäudes für Leibesübungen, die noch nicht ausgeführt werden, sind eine eindringliche Mahnung an alle, die noch nichts zu dem Bau beigetragen haben, das Ihre zu tun, damit

Unter dem mittleren Hauptteil der Zuschauertribüne liegt die Turn-, Gymnastik- und Fechthalle mit den Ausmaßen 27 x 12 Meter. Im westlichen Flügel sind im Erdgeschoß die Umkleieräume, Dusch-, Baderaum, Massageraum und Umkleidezimmer. Der östliche Flügel enthält im Erdgeschoß einen Verbandraum, die Räume für die ärztliche Untersuchung und Zimmer für die Verwaltung und



das Werk vollendet werde. Auch der Staat hat das größte Interesse an der Förderung der Leibesübungen und sollte nicht verfehlen, das Seine auch zu dem Hochschulsportstadion beizutragen.

Die beiden oberen Stockwerke der Seitenflügel bleiben vorläufig unausgeführt. Die Vortribüne mit der Winterlaufbahn, die große Haupttreppe, unter der der Vor- und ein Festsaal sein sollte, und die seitlichen Rassenhöfe werden nicht gebaut.

Die sportlichen Ergebnisse.

Wie alljährlich veranstaltete die Technische Hochschule auch in diesem Jahr ein Sportfest, das am Montag, 5. Juli, begonnen hatte. Das Wetter begünstigte an den beiden ersten Tagen, so daß die Vorkämpfe für die Hochschulsportstätten flott abgewickelt werden konnten. Leider regnete es am Mittwoch, der den Höhepunkt der Veranstaltung darstellte. Am Vormittag fanden im Phönix-Stadion die leichtathletischen Entscheidungen in den Laufkonkurrenzen statt, während am Nachmittag auf dem Hochschulsport-

stadion die Sportlehrer. Die nötigen Bedürfnisanlagen sind überall vorgezogen. Alle Räume sollen elektrisch beleuchtet werden, auch Zentralheizung ist geplant. Einer praktischen Inneneinrichtung wird größte Sorgfalt angewendet werden.

(Die ganze Anlage wurde in einer Sonderbeilage gelegentlich des Hochschulsportstadions in Text und Bild ausführlich von uns behandelt. D. R.)

im Kasanengarten die übrigen Wettbewerbe abgewickelt werden sollten. Leider machte das Wetter die völlige Durchführung des Programms unmöglich, so daß a. B. die Endspiele um die Hochschulsportstätten im Tennis, wie auch der Stabhochsprung, das Speerwerfen und der Dreikampf auf Freitag bezw. Samstag verlegt wurden. Am Mittwoch mittag wurde außer den leichtathletischen Wettbewerben ein Handballspiel zweier Hochschulsportmannschaften ausgetragen, das 2:0 endete. Faustballspiele

und Vorführungen einer Gymnastikgruppe, sowie das von Angehörigen des Kad. Bogensportvereins vorgeführte Schaubogen, ferner die mitergütlich zur Schau gebrachten Vorführungen einer Musterriege am Barren und zum Schluß ein Fußballspiel zwischen der Techn.

Hochschule und dem Polizeisportverein (8:0 für Hochschule) gaben einen klaren Einblick in den mannigfachen Sportbetrieb an der hiesigen Hochschule und lassen die Notwendigkeit des neuen Hochschulsportstadions deutlich erkennen.

Der städtische Voranschlag.

Fortsetzung der Beratungen im Bürgerausschuß.

Am zweiten Tag der Voranschlagsberatungen waren 84 Stadtbürger anwesend, als Oberbürgermeister Dr. Finter die Sitzung eröffnete.

Stadt. Dr. Cramer (D. Vp.) geht zunächst auf die allgemein wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ein und verweist auf die 2 Millionen Erwerbslosen. Das Ziel, führte er aus, muß sein, die verlorenen Abgabengebiete wieder zu erringen. Dabei wirkt ungenügend, daß unsere Produktionsfähigkeit noch abnimmt; der Finanzminister hat die Steuern erniedrigt, im Zusammenhang damit die Gemeinden zur Sparsamkeit ermahnt. Diese wirtschaftlichen Ermäßigungen haben unsere Stellung zum Voranschlag bestimmt, weil wir eine Erhöhung der Umlage für nicht mehr tragbar halten. Deshalb empfehlen wir die Verwendung von Anleihen als Mittel. Mit der Gebäufonderheuer sollen die Lasten für den Hausbesitz nicht fortfallen. Es muß Arbeit so viel wie möglich beschafft werden. Es darf nicht dahin kommen, daß der Arbeiter seine Arbeit aufgibt, weil er sich dann besser sieht. (Gr. Lärm links.) Das kann nämlich dann eintreten, wenn er Unterstützung bezieht und seine Frau arbeitet. In einer Versammlung wurden wirklich erschütternde Zustände im Wohnungswesen angeführt; man muß sich wundern, daß so etwas noch nach acht Jahren Zwangsverwaltung möglich ist. Wir wünschen, daß der Bebauungsplan wirklich bald bekannt gegeben wird. Auch die Spielplatzfrage muß geregelt werden. Es wird gefordert, daß die Verordnungsgeber im Krankenhaus erhöht werden sind. Man muß sich die Steuererlässe der städtischen Betriebe erhalten; darum ist eine Änderung der Tarife unzulässig. Bei der Straßenbahn ist der Betrieb noch zu klein; die der Pendelverkehr zum Bahnhof entspricht nicht mehr den Bedürfnissen; wir brauchen möglichst viel direkte Strecken. Das Materialamt im Rathaus ist heute überflüssig. Wir werden der Beamten- und Arbeiterkräfte unseren Dank ausprechen. Wir hoffen, daß im nächsten Jahr der Voranschlag rechtzeitig vorgelegt wird und eine Umlage über die Vermögensverhältnisse der Stadt entfällt. Dem gegenwärtigen Voranschlag stimmen wir zu, wenn die Umlage nicht erhöht wird. (Beifall.)

Stadt. Steinwara (Wirtsch. Vag.): Der Voranschlag von Dr. Welpert zum Wohnungsbau ist sehr beachtenswert. Das gewerbliche Einkommen ist durch Steuern und Abgaben derart belastet, daß eine Erhöhung der Umlage nicht mehr zu verantworten wäre. Von der Summe für Straßenbauten sollen 4000 Mk. herausgenommen werden, damit die Kochstraße zum Handplatz durchgeführt wird. Die Eisenheimer Allee, unsere einzige Promenade, sollte beleuchtet werden. (Beifall.)

Stadt. Schwara (W. Bürgerw.): Die Kosten für das Feuerwehrhaus sollten aus Anleihen bestritten werden. Durch die Änderung der Gebäufonderheuer haben die Hausbesitzer nur einen ganz geringen Vorteil. Die Stadt verlangt bei den Darlehen für Anstandslegung alter Häuser noch 8 Proz. Zinsen, das ist zu viel. Das Nebgut stein sollte abgetrennt werden. Wir stimmen dem Voranschlag zu.

Damit ist die Generaldebatte beendet. Der Bürgerausschuß tritt in die Einzelberatung ein.

Oberbürgermeister Dr. Finter erklärt einleitend, daß er nicht in der Lage ist, Zahlen über die Ergebnisse des Jahres 1925 anzugeben. Es sei wohl eine Reihe Einzelabschlüsse bekannt, aber der Gesamtabschluss, der von der Schweizer Schuld abhängt, kann noch nicht übersehen werden. Wenn die Zinsen für die Schweizer Schuld von der Stadt bezahlt werden müssen, so wird das Jahr 1925 einen Ueberschuß bringen. Auch die Umlage für 1926 kann noch nicht festgelegt werden. Ueber den Voranschlag soll am Schluß eine Gesamtabstimmung stattfinden. Ueber die einzelnen Titel werden Probeabstimmungen stattfinden.

Die Sozialdemokraten beantragen, den Gaspreis um 2 Pfg. zu ermäßigen, was einen Ausfall von 806 000 Mark bedeutet; die Umlage soll dafür um 5 Pfg. erhöht werden. Der Antrag kann nicht zur Abstimmung gebracht werden. Der Marktplatz soll Platz der Republik genannt werden, die Kaiserstraße Präbidentenplatz. Die Straßenbenennung bestimmt der Stadtrat; der Antrag kommt daher nicht zur Abstimmung, ebenso eine weitere Reihe von sozialdemokratischen Anträgen, so die Ermäßigung der Stadtgartenpreise.

Die Deutschnationalen beantragen, von dem Posten für freie Bekleidung 100 000 Mark zu freieren. Der Antrag kommt nicht zur Abstimmung. Dasselbe Schicksal erleiden die Anträge der Kommunisten. (Dauernde Rufe: „Was hat der Bürgerausschuß denn zu sagen?“) Fast alle Anträge scheitern in den Kompetenzbereich des Stadtrats, der über die Anträge entscheiden wird. Das Zentrum beantragt namentliche Abstimmung über den Voranschlag.

Die Demokraten beantragen, von einem Rücklass der Fürsorgebeiträge von Kleinrentnern abzusehen. Der Antrag kommt nicht zur Abstimmung.

Die Straßen der Stadt. Stadt. Deines (D. Vp.) weist beim Vortragen „öffentliche Straßen“ auf den herbenden Beruf der Stein- und Holzbildhauer hin. Die Stadt solle möglichst diesen Leuten Arbeit geben. Oberbürgermeister Dr. Finter teilt mit, daß schon Befragung ergangen sei, die Leute nach Möglichkeit zu berücksichtigen. In das Volk müsse wieder Kunstbewußtsein getragen werden.

Stadt. Licht Dml. beantragt diese Stellungnahme des Oberbürgermeisters. In Anbetracht der neuen Bauten, ehe die Straßen gebaut werden. Dadurch gab es Verschwendung: Die Straßensperre solle ausgebaut werden; sie sei die Grundlage für die Schaffung der Straßenbahnlinie.

Bürgermeister Schneider erbat Hilfe aus der Herrenalberstraße werde demnach als Nachhandarbeit in Angriff genommen.

Stadt. Rieß (Soz.) trägt eine Reihe von Wünschen vor hinsichtlich Verbesserung von Straßen, bessere Beleuchtung und Umbenennung von Plätzen und Straßen.

Stadtrat Kühn (Str.) findet den Antrag der Sozialdemokraten auf Umbenennung der Straßen verständlich; aber die Form des Antrages sei nicht sonntags. Die Frage der Straßenbenennung müsse in größerem Rahmen geklärt werden. Man solle auch auf das Verlangen Rücksicht nehmen. Auch diese Frage soll im Wege der Verhandlung und des Ausgleichs erledigt werden.

Oberbürgermeister Dr. Finter erklärt, daß man Dinge, die historisch geworden sind, nicht ändern soll, so die Kaiserstraße. Auch das Rathaus habe seine Bedeutung für Deutschland erhalten.

Stadtrat Bauer (Komm.) wünscht eine Verbesserung der Rappurterstraße. Stadt. Fr. Rieger (Dem.) verlangt eine öffentliche Uhr für Rappur, da die dortigen Uhren falsch seien.

Stadt. Schuler (Str.) wünscht die Teerung der Grünwinkler Straße. Am Friedhof Grünwinkler solle man Bänke aufstellen. Es werden dann noch eine Reihe von Einzelwünschen vorgetragen.

Stadt. Dr. Fromherz (W. Bürgerw.) gibt die Anregung, bei der Umbenennung der Straßen den letzten Reichspräsidenten und Ehrenbürger der Stadt zu berücksichtigen. (Lärm links.) Um 8 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Fortsetzung der Beratung: Donnerstag.

Die Demokraten beantragen, von einem Rücklass der Fürsorgebeiträge von Kleinrentnern abzusehen. Der Antrag kommt nicht zur Abstimmung.

Die Beratung. Stadt. Ganz (Str.) wünscht zum Kapitel Gemeindegrundstücke mehr Entgegenkommen der Stadt gegen die Bäcker. Bürgermeister Sauer teilt beim Kapitel Hauptverwaltung mit, daß Beamte einen besonderen Zuschuß bekommen haben als Vergütung für besondere Dienste. Die Zuschläge sind zum Teil auch für das neue Jahr vorgesehen. Es handelt sich um Stadtdirektor Gallinger, Baudirektor Bronner, Stadtrechtsrat Hermann und Verkehrsdirektor Lacher.

Stadt. Koch (Soz.) verlanat, daß die Gehälter für die Arbeiter erhöht werden. Stadtrat Sigum und (Soz.) wünscht bessere Räume für die Gerichtsbarkeit.

Die Straßen der Stadt. Stadt. Deines (D. Vp.) weist beim Vortragen „öffentliche Straßen“ auf den herbenden Beruf der Stein- und Holzbildhauer hin. Die Stadt solle möglichst diesen Leuten Arbeit geben.

Oberbürgermeister Dr. Finter teilt mit, daß schon Befragung ergangen sei, die Leute nach Möglichkeit zu berücksichtigen. In das Volk müsse wieder Kunstbewußtsein getragen werden.

Stadt. Licht Dml. beantragt diese Stellungnahme des Oberbürgermeisters. In Anbetracht der neuen Bauten, ehe die Straßen gebaut werden. Dadurch gab es Verschwendung: Die Straßensperre solle ausgebaut werden; sie sei die Grundlage für die Schaffung der Straßenbahnlinie.

Bürgermeister Schneider erbat Hilfe aus der Herrenalberstraße werde demnach als Nachhandarbeit in Angriff genommen.

Stadt. Rieß (Soz.) trägt eine Reihe von Wünschen vor hinsichtlich Verbesserung von Straßen, bessere Beleuchtung und Umbenennung von Plätzen und Straßen.

Stadtrat Kühn (Str.) findet den Antrag der Sozialdemokraten auf Umbenennung der Straßen verständlich; aber die Form des Antrages sei nicht sonntags. Die Frage der Straßenbenennung müsse in größerem Rahmen geklärt werden. Man solle auch auf das Verlangen Rücksicht nehmen. Auch diese Frage soll im Wege der Verhandlung und des Ausgleichs erledigt werden.

Oberbürgermeister Dr. Finter erklärt, daß man Dinge, die historisch geworden sind, nicht ändern soll, so die Kaiserstraße. Auch das Rathaus habe seine Bedeutung für Deutschland erhalten.

Stadtrat Bauer (Komm.) wünscht eine Verbesserung der Rappurterstraße. Stadt. Fr. Rieger (Dem.) verlangt eine öffentliche Uhr für Rappur, da die dortigen Uhren falsch seien.

Stadt. Schuler (Str.) wünscht die Teerung der Grünwinkler Straße. Am Friedhof Grünwinkler solle man Bänke aufstellen. Es werden dann noch eine Reihe von Einzelwünschen vorgetragen.

Stadt. Dr. Fromherz (W. Bürgerw.) gibt die Anregung, bei der Umbenennung der Straßen den letzten Reichspräsidenten und Ehrenbürger der Stadt zu berücksichtigen. (Lärm links.) Um 8 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Fortsetzung der Beratung: Donnerstag.

Gerichtssaal

dz. Pforzheim, 7. Juli. Das Schöffengericht beschäftigte sich heute mit schweren sittlichen Verfehlungen, die der Professor Dr. Eugen Blank sich an Schulfrauen hatte zuschulden kommen lassen. Die Verhandlung, in der die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit ausgeschlossen war, endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren, 4 Monate der verbüßten Strafe von 5 Jahren. 4 Monate der verbüßten Strafe wurden angerechnet. Dem Verurteilten wurden die Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Es handelt sich um 21 verschiedene Fälle. Die Jubiläumsmildernde Umstände wurde abgelehnt.

Was unsere Leser wissen wollen.

I. 1826. Ein Testament kann auch ohne Notar rechtsgültig verfaßt werden. Sie müssen das Testament selbst schreiben, Ort und Datum darauf setzen, und mit Ihrer Unterschrift versehen. A. G. Aus Ihrer Anfrage können wir nicht erkennen, ob es sich bei freiwilligen Darlehen um ein Darlehensdarlehen, oder um ein Darlehen zwecks Kapitalanlage gehandelt hat. Im ersteren Fall wird 100 Prozent, im letzteren zu 25 Prozent aufgezinst, und zwar nach dem Kurs des Tages, an dem das Darlehen hinausgegeben worden ist. Da Sie diesen Tag nicht angeben, vermögen wir Ihnen auch den Wert des Darlehens nicht zu berechnen. Filialenstellen. Die am nächsten gelegene Filialstelle ist die Sportplatz-G. m. b. H. in Böhligen, Filialstelle Böhligen (Wtbg.).

Geschäftliche Mitteilungen.

Vollwertige Nahrungsmittel um billiges Geld. Dieser ist in der heutigen Zeit ein begrifflicher Wunsch. Dieser wird hinsichtlich der täglichen Suppe realisiert durch Maggi's Suppenwürfel. In der gleichen Weise, wie die Hausfrau in der Küche ihre Suppe kocht, werden Maggi's Suppen im großen aus den besten Rohstoffen mit reichlicher Sorgfalt hergestellt. Darum schmecken auch so gut, und darum hat jede der vielen Suppen ihren natürlichen Eigengeschmack. 1 Würfel, ausreichend für 2 Liter köstlicher Suppe, kostet nur 18 Pfg.

Aus Baden

Vandestagung des Reichsverbandes abgebauter Beamter und Lehrer.

Offenburg, 5. Juli. Hier fand gestern ein Delegiertentag des Reichsverbandes abgebauter Beamter und Lehrer, Landesverband Baden, statt, und zwar unter dem Vorsitz von Lokomotivführer a. D. Weber, Offenburg, dem Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe, Eisenbahninspektor a. D. Sailer-Mannheim, berichtete in dem Hauptreferat über die Veränderungen, die sich in der hiesigen Organisation und dem bisherigen Reichsverband abgebauter Beamter dadurch vollzogen habe, dass eine Verschmelzung mit dem Reichsverband abgebauter Beamter und Lehrer, Sitz Berlin, vorgenommen wurde. Die Interesselagerung am Platz der Reichsregierung in Berlin und die Schlagfertigkeit der Organisation seien die beiden Organisationszusammenhänge. Der Sitz des Verbandes ist Stuttgart; es wird aber in Berlin eine von Dr. Rathge geleitete Geschäftsstelle unterhalten. Der Geschäftsbericht zeigte, wie der Verband der Interessen der abgebauten Beamten annimmt. In einer an den Reichstag zu richtenden einstimmig gefassten Resolution wird u. a. der Ermächtigung Ausdruck gegeben, daß der Reichsverband dem zur Vorlage kommenden Gesetz, betreffend die Beschäftigung der Reichsbeamten der früheren Reichsbahnen, „Deutsche Reichsbahn“ in den Dienst der heutigen Reichsbahngesellschaft zu treten, wenn sie nicht zwangsweise in den kauernden Aufstand veretzt werden wollen mit anderwärts erheblich geschmälereten Bezügen, nur dann seine Zustimmung erteilt, wenn keine Reichsbeamten im Wartestand mit der zwangsweisen Pensionierung bedroht werden. Weiter wird verlangt, daß die Rechte voll gewahrt werden, die von den Reichsbeamten als bisherige Reichsbeamten erworben wurden, daß wenn ein Reichsbeamter pensioniert werden darf, die ihm als vorübergehende Uebernahme einer Stelle im Reichsdienst abliehnt, daß die Verschickung in vollem Umfang (nicht nur zur Hälfte, wie im Entwurf vorgesehen), angerechnet wird, und daß die von der Regierung zugelegte Beschränkung der Wohnungsgeldzulage der Sonderklasse und der Klasse A an Wartensstandsbeamte und Pensionäre, die in den teuren Städten dieser beiden Klassen wohnen, endlich ausgedrückt wird. Als Vorsitzender wurde Eisenbahninspektor Sailer-Mannheim, als zweiter Vorsitzender Eisenbahninspektor Dietrich-Karlsruhe gewählt.

Mittelstandsbundgebung in Weinheim.

Weinheim, 6. Juli. Der soeben ins Leben getretene Wirtschaftsbund Weinheim, der unter Führung des Einzelhandels das Gewerbe, den Handel und die Landwirtschaft umschließt, hielt im „Schwarzen Adler“ eine aus dem ganzen Bezirk stark besuchte Protestversammlung ab. Auf Grund von Referaten des Landesverbands Duma-S-Karlsruhe und des Kreisverbandes Dr. Gries-Weinheim wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin die landständigen Mittelstandes protestiert wird. Die Versammlung legt Verwahrung ein gegen die vom Landtage beschlossene Erhöhung der Grundbesitzersteuer und fordert neben dem Ablassen der Steuerlasten Maßnahmen, die zu einem weiteren Abbau der Elektrizitätspreise des Badischen Reichs-, Staats- und Gemeindevorstandes sowie Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Reichs-, Staats- und Gemeindevorstandes. Der Mittelstand in Stadt und Land ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit und bedarf dringend Unterstützung.

Schwarzwalddau des badischen Kriegerbundes.

Böhrnbach, 6. Juli. Hier hielt der Schwarzwalddau des badischen Kriegerbundes seine diesjährige Tagung ab in Verbindung mit dem 50jährigen Jubiläum des Böhrnbacher Kriegervereins. Als Vertreter des Präsidiums des badischen Kriegerbundes war Oberst Sailer-Karlsruhe erschienen. Die Mitgliederzahl des Schwarzwalddauer beträgt 418, darunter 100 Mitglieder. Seit dem 1. Januar 1926 sind von dem badischen Kriegerbund nicht weniger als 30770 M. an Unterstützungsbeträgen an Mitglieder ausgezahlt. Bei der Neuwahl des Präsidiums wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt mit Ausnahme des zurückgetretenen zweiten Gauvorsitzenden, an dessen Stelle Weinbändler Fappenecker-Böhrnbach trat. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Schönwald bestimmt. Zur Jubiläumsvorbereitung wurde ein Feldpostdienst abgeleitet, der sich nicht weniger als 35 Kriegervereine aus dem Schwarzwalddau umfaßt. Bei dem nachfolgenden Festakt in Böhrnbach wurde dem Schwarzwalddauer die goldene Medaille für 50jährige Bestehen überreicht.

Gründung des Turnerbundes Durmersheim.

Durmersheim, 7. Juli. Hier fand in der Wohnung der Gründung eines neuen Turnervereins. Vom Karlsruher Turnerverein 1846, der unter Leitung der Patenteile bereit ist, sind eine Vertretung entsandt, waren die Mitglieder der Turngenossen Franz Wurfschmid, die mit ihren Klaren unterstützenden Ausführungen die große Zahl

der erschienenen jungen und älteren Männer für die Zwecke und Ziele der Deutschen Turnerschaft zu begeistern wußten.

Die Zahl der Beiräte hat am gleichen Abend noch die ersten 100 überschritten. Die vorgenommenen Turnratswahlen, die Hauptlehrer Stürmlinger an die Spitze des Vereins stellten, lassen hinsichtlich der Besetzung der Aemter ein schönes Zusammenarbeiten und eine sichere gesehliche Entwicklung des jungen Vereins erhoffen. Gauvertreter Brülle vom Karlsruher Turngau begrüßte den Turnerbund Durmersheim als zukünftigen Bruderverein im Karlsruher Turngau und stellte der Versammlung die Turngenossen Schwankert und Kuhn müch aus Karlsruhe vor, die in vorbildlich uneigennützig Weise den turnerischen und sportlichen Teil der ersten Wochen leiten werden, welche Mitteilung größte Begeisterung auslöste. Gemeinsam gesungene Turnlieder und eine angeregte frohe Unterhaltung bildeten den Abschluß des Abends, um dessen Gelingen sich neben dem Einberufer, Vorstand Stürmlinger, auch Herr Brust, ein Freund der Leibesübungen, verdient machte. Dem Turnerbund Durmersheim wünschen wir ein kräftiges Wachsen, Blühen und Gedeihen!

Zu dem Bootsunfall auf dem Untersee.

Id. Insel Reichenau, 7. Juli. Die Darstellungen über das furchtbare Bootsunfall auf dem Untersee nahe dem schweizerischen Ufer, bei dem acht Personen den Tod fanden, in den verschiedenen Bodenseebädern beweisen, daß das Unglück auf den Leichtsinn des Bootsführers Bed zurückzuführen ist. Am Vormittag des Sonntag hatte der Sohn des Schiffsmannes August Bed, der Adolf Bed, eine Fahrt mit dem Motorboot nach Oberzell unternommen. Sein Bruder Franz Bed, der die Unglücksfahrt ausführte, entdeckte vor der Abfahrt des Schiffes Wasser in dem Boot. Er erklärte aber, es sei keine Gefahr vorhanden. Als etwa zwei Drittel der Fahrt nach dem schweizerischen Ufer (nach Mammensbach) zurückgelegt waren, machte sich eine starke Wasseraufnahme im Boot bemerkbar. Die Insassen gaben dem Bootsführer den Befehl Rückfahrt, dieser erklärte aber, er fahre jetzt mit großer Geschwindigkeit dem näher gelegenen Schweizer Ufer zu. Die Insassen riefen nun um Hilfe, das Boot füllte sich jedoch sehr schnell mit Wasser, sank und im Strudel wurden die Insassen mit in die Tiefe gerissen. Der Bootsführer hatte sich selbst den Rettungsring angeeignet. Zwei Boote, die mit großer Schnelligkeit von Mammensbach abfuhren, gelang es vier Personen in ihr Schiff zu nehmen und sofort an Land zu bringen. Leider konnten nur zwei von diesen wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Zum „Einbruch“ in das Finanzamt Baden-Baden.

Baden-Baden, 7. Juli. Von den drei Beamten, die wegen des fingierten Einbruchs in das hiesige Finanzamt — bei dem bekanntlich in der Hauptphase Aktien entwendet wurden — verhaftet worden waren, hat einer bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Zu der Notwehr den Sohn erschlagen.

Id. Ittlingen, 7. Juli. Gestern Abend geriet der Steinhauer Karl Wilhelm Rau mit seinem 15jährigen Sohn Otto in Streit, der in Fälligkeiten überging. Dabei bedrohte der Sohn seinen Vater mit einer Hane. Letzterer entriß ihm diese und schlug sie ihm auf den Kopf. Der Sohn wurde so schwer verletzt, daß seine alkalische Verbrüfung ins Krankenhaus nach Forstheim notwendig wurde. Heute früh 7 Uhr ist er dort an seiner Verletzung, welche die ganze Schädeldecke zertrümmert hatte, gestorben. Das Gericht hat sich bereits an Ort und Stelle begeben. Untersuchung ist im Gange. Der Vater hat in Notwehr gehandelt.

Id. Ettingen, 7. Juli. Gestern nachmittag

fiel das 15jährige Schindli des Fuhrmanns Schnurr von hier, das durch eine offenstehende Gasse in einen Fabrikkanal gelangt war, in den Kanal und ertrank. Die Leiche wurde am Rechen einer Fabrik später herausgezogen.

Id. Neudorf bei Ettingen, 7. Juli. Heute

vormittag verunglückte ein Monteur des Badenwerkes bei einer Reparatur der Hochspannungsleitung dadurch, daß er mit der Starkstromleitung in Berührung kam, die einen Nervenschlag herbeiführte. Er wurde in das Krankenhaus Raftat überführt.

Id. Bruchsal, 7. Juli. In der Stadt Bruchsal

ist die Maul- und Klauenseuche erloschen.

n. Oberöwisheim, 7. Juli. Die älteste

Frau unserer Gemeinde, Witwe Josef Ohsfeldt (aus Odenheim stammend) ist im Alter von nahezu 90 Jahren gestorben. Die nun heimgegangene konnte noch ohne Brille lesen.

Baden-Baden, 7. Juli. Dem Bericht über das

25jährige Jubiläum der freiwilligen Sanitätskolonne ist noch mitzuteilen, daß der Vorsitzende des Landesvereins vom Noten Arzenz, Generalarzt a. D. Dr. Mantel, bei dem Festakt im Rathausaal in einer Ansprache den Dank des Landesvereins für die treue Tätigkeit der Kolonne in Krieg und Frieden aussprach. Besonders dankte er den Mitaliedern,

die eine stattliche Reihe von Jahren der Kolonne angehörte und überreichte 8 Mitaliedern das silberne Ehrenzeichen für 25jährige Dienstzeit, 3 das für 15jährige mit den dazugehörigen Diplomen. Außerdem überaß Herr Dr. Mantel als Vertreter des Reichskommissars und Landesdelegierter für Baden noch an mehrere Mitglieder die Dienstauszeichnungen für 9- bzw. 15jährige Dienstzeit. Neben den bereits genannten Herren wurde auch Ehrenarzt Dr. Modrzye in Karlsruhe, der früher hier seinen Wohnsitz hatte, zum Ehrenmitglied der Kolonne ernannt. Viele Häuser hatten zu Ehren der Sanitäter, die aus ganz Baden, u. a. aus Karlsruhe, Forstheim, Konstanz, Raftat, Albern, Gaggenau, Bühl, Rahr, Eiental, Zell a. H., Rohrbach, Bühlertal, Griesbach, Iffingen, Eutingen, Oppenau zur Jubiläumsfeier eingetroffen waren, reichen Plagen schmuck angelegt, der der Stadt ein festliches Gepräge gab. Heute vormittag besichtigten die Teilnehmer die hiesigen Bäder, Kurhaus, Trinkhalle und sonstige Sehenswürdigkeiten und nachmittags unternahmen sie einen Ausflug zu den Luftigen Höhen des Merkur, von dem jeder mann hoch begeistert war. Gegen Abend kehrten dann die letzten der Gäste in ihre Heimat zurück.

Id. Gaggenau, 7. Juli. In der gestrigen

Bürgerausführung fanden nach eingehender Beratung sämtliche Punkte der Tagesordnung einstimmige Annahme. Diese bezogen sich in der Hauptsache auf An- und Verkauf von Gelände, ferner Ankauf des Wohnhauses der Martin Wüßlinger Erben und den Darlehensvertrag zwischen der Firma Benzwerke und der Stadtgemeinde Gaggenau.

Id. Hofweier bei Offenburg, 7. Juli. Der

Maurer Franz Herzog stürzte gestern beim Kirchenputzen von der Leiter. Er verletzte sich das Rückenmark derart, daß er heute seinen Verletzungen erliegen ist. — Ebenfalls abgestürzt beim Kirchenputzen ist der 18 Jahre alte Johann Hogenmüller. Der Leiter stand etwas auf der Landstraße, so daß sie von einem vorbeifahrenden Auto umgerissen wurde.

Id. Radolfzell, 7. Juli. Bei Ausbesserungs-

arbeiten auf dem Dache des Eisenbahn-Werkhauses kam der Arbeitshilfe Josef Lich, der auf dem Dache angebrachten Starkstromleitung zu nahe, was seinen sofortigen Tod herbeiführte. Lich, 43 Jahre alt und ledig, war vor Beginn der Arbeit vor der Verührung der Leitung gewarnt worden.

Id. Rahrstorf (bei Melsbach), 7. Juli. Der

etwa 56 Jahre alte Wilmner Johann Kulle erlitt durch einen Anprall an einer Wöschung dadurch eine lebensgefährliche Verletzung, daß ihm die Deichel in die Bauchgegend gestoßen wurde.

Id. Rölln, 6. Juli. (Drahtbericht.) Nach den

lebhaften Ereignissen und Eröffnungsfeierlichkeiten des Sonntag nahmen am Montage die sportlichen Wettbewerbe ihren Fortgang. Der Beginn der schwerathletischen Wettbewerbe brachte gleich 5 neue deutsche Rekorde und eine Gleichzeitigkeit des Weltrekordes.

Die Ergebnisse waren wie folgt:

Fliegengewicht: 1. Uri-Firmasens 710 Pfd. 2. Rein-Göppingen 695. 3. Bayer-München 655 Pfd.

Bantamgewicht: 1. Loch-Eberstein 770 Pfd. 2. Rostfret-Wien 765. 3. Strobl-Wien 735 Pfd.

Federergewicht: 1. Mühlberger-Mannheim 860 Pfd. 2. Stabler-Wien 825. 3. Andriß-Wien 815 Pfd.

Leichtgewicht: 1. Rheinfrank-Mannheim 910 Pfd. 2. Naas-Wien 905. 3. Helbig-Plauen 890 Pfd.

Mittelgewicht A: 1. Zimmer-Würzburg 960 Pfd. 2. Treffn-Wien 925. 3. Mang-Hamburg 885 Pfd.

Mittelgewicht B: 1. Blüth-Wien 930 Pfd. 2. Hirt-Wien 960 Pfd. 3. von Trebitowski-Dortmund 960 Pfd.

Schwerergewicht: 1. Schießberg-Wien 1070 Pfd. 2. Strahberger-München 1050 Pfd. 3. Desterlin-Karlsruhe 960 Pfd.

Die Ergebnisse des Turn-Zwölfkampfes.

Die ermittelten 10 Ersten im turnerischen Zwölfkampf sind: 1. Böflich-Main, 26 P. 2. Feil-Firmasens 218 P. 3. Weib-Neulingen 211 Punkte. 4. Müller-Gaunhardt 208 P. 5. Kammandel-Frankfurt 207 P. 6. Urbanzil-Dreslau 206 P. 7. Robb-Berlin und Weib-Dreslau 203 Punkte. 8. Weber-Dissenbach 202 P. 9. Jan-Nürnberg und Kaufner-Prag 201 P. 10. Witten-Essen 200 P.

Bei den Festern kam bereits die außerordentlich stark umstrittene Konkurrenz im Florettfechten zur Entscheidung. Wie zu erwarten stand, sicherte sich der deutsche Meister E. Casimir-Frankfurt einen glatten Sieg. Das Ergebnis lautet: 1. E. Casimir-Frankfurt a. M. 8 Siege. 2. W. Böflicher, F.B. 60 Frankfurt a. M. 7 Siege. 3. Julius Thomion F.B. Offenbach am Main 6 Siege. 4. Thalman-Hamburger F.C. 5 Siege. 5. E. Thomion F.C. 63 Offenbach 3 Siege. 6. H. Schönhubo, Eintracht Frankfurt 3 Siege. 7. Baylon, Wiener A.C. 2 Siege. 8. Verthold, F.C. Chemnitz 1 Sieg. 9. Birschfeld, F.B. Dresden 1 Sieg.

Durch diesen Stoß fiel er rücklings auf die Straße und trug eine schwere Schädelverletzung davon.

Id. Konstanz, 7. Juli. Die Landesversammlung des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge findet am Montag, den 12. Juli im Stadthaus statt. Den Tätigkeitsbericht wird Professor Dr. Lust, Direktor des Kinderkrankenhauses Karlsruhe, den Kassenerichter Regierungsrat Dit-Karlsruhe, erstatten. Fräulein Marie Beyerle-Konstanz spricht über „Säuglings- und Kleinkinderpflegeunterricht in den Fortbildungsschulen“, Fürsorgerat Dr. Kapves-Karlsruhe über „Planvolle Fürsorge für Kleinkinder im Rahmen einer einheitlichen Gesundheitsfürsorge“. An die Sitzung schließt sich eine Besichtigung der Ausstellung „Mutter und Kind“ mit einführendem Vortrage. Nachmittags ist eine Fahrt auf städtischen Motorbooten bis zum Stadl. Wasserwerk in Aussicht genommen. Von dort aus erfolgt die Besichtigung einer Reihe von Fürsorgeeinrichtungen.

Aus der Pfalz.

Die ägyptische Augenkrankheit in der Pfalz.

Id. Neustadt, 7. Juli. Das Auftreten der ägyptischen Augenkrankheit in Hahslach hatte zur Folge, daß im Bezirk Neustadt insgesamt 222 Personen unterzucht wurden. Festgestellt wurden in Hahslach 235 Erkrankte, in Lambrecht 11, in Lachen 10, in Gaardt und in Nuhbach je 2 und in Hambach und Weidenstahl je 1. — In Neustadt wurden 25 Erkrankungen festgestellt. Durch umsichtige Bekämpfungsmassnahmen gelang es, eine weitere Ausbreitung der Epidemie bereits im Februar zu verhindern. Seit dieser Zeit sind die betroffenen Personen nunmehr bis auf vier Fälle in Hahslach vollständig ausgeheilt. Im übrigen scheint die Epidemie am Erlöschen zu sein.

Sport-Spiel Schießsport.

29. Verbandschießen in Frankfurt am Main. Endlich nach mehr als einem Duzend Jahren haben sich die Schützen wieder zusammengeschlossen, um in Frankfurt am Main auf den bürgerlichen Schießständen im Stadtwald ein Verbandschießen abzuhalten. Der Mittelrheinische, Pfälzische und Badische Verband, die seit über 50 Jahren ihre Schützen gemeinschaftlich veranstalten, haben ihre Mitglieder und Freunde nach Frankfurt geladen, wo in den Tagen vom 11.—18. Juli das Verbandschießen stattfindet. Ueber 150 wertvolle Preise und eine Menge kleinerer Ehrengaben winken.

II. Deutsche Kampfspiele 1926.

Die Ergebnisse vom Dienstag.

Im Florettfechten für Damen endeten drei Offenbacher Damen in Front. Kampfsportlerin wurde Fr. Mayer-Offenbach vor Frau Hartmann — und Frau Delfers — 0. Viertes: Frau Sondheim-München.

Die Ergebnisse des Turn-Zwölfkampfes.

Die Ergebnisse des Turn-Zwölfkampfes sind: 1. Böflich-Main, 26 P. 2. Feil-Firmasens 218 P. 3. Weib-Neulingen 211 Punkte. 4. Müller-Gaunhardt 208 P. 5. Kammandel-Frankfurt 207 P. 6. Urbanzil-Dreslau 206 P. 7. Robb-Berlin und Weib-Dreslau 203 Punkte. 8. Weber-Dissenbach 202 P. 9. Jan-Nürnberg und Kaufner-Prag 201 P. 10. Witten-Essen 200 P.

Die Ergebnisse vom Dienstag.

Im Florettfechten für Damen endeten drei Offenbacher Damen in Front. Kampfsportlerin wurde Fr. Mayer-Offenbach vor Frau Hartmann — und Frau Delfers — 0. Viertes: Frau Sondheim-München.

Die Ergebnisse vom Dienstag.

Im Florettfechten für Damen endeten drei Offenbacher Damen in Front. Kampfsportlerin wurde Fr. Mayer-Offenbach vor Frau Hartmann — und Frau Delfers — 0. Viertes: Frau Sondheim-München.

Die Ergebnisse vom Dienstag.

Im Florettfechten für Damen endeten drei Offenbacher Damen in Front. Kampfsportlerin wurde Fr. Mayer-Offenbach vor Frau Hartmann — und Frau Delfers — 0. Viertes: Frau Sondheim-München.

Die Ergebnisse vom Dienstag.

Im Florettfechten für Damen endeten drei Offenbacher Damen in Front. Kampfsportlerin wurde Fr. Mayer-Offenbach vor Frau Hartmann — und Frau Delfers — 0. Viertes: Frau Sondheim-München.

Unser Schuhwaren-Saison-Ausverkauf

vom 1. Juli bis 22. Juli bietet Ihnen enorm grosse Vorteile. Besichtigen Sie vor Einkauf Ihrer Schuhwaren unsere Lager u. Schaufenster!

Carl Fritz & Cie Karlsruhe, Kaiserstr. 52, Mannheim Stuttgart H. 1. 8 Rotebühlstr. 4.

Der Religionskrieg in Indien.

Der Streit zwischen den Hindus und den muslimantischen Indiern hat in der letzten Zeit wiederholt zu blutigen Auseinandersetzungen geführt. Bei einem dieser Kämpfe zwischen Hindus und Mohammedanern waren mehr als 2000 Personen beteiligt. Es wurde geschossen und getötet, und eine ganze Anzahl von Menschen wurden diesen Ausbruch von religiösem Fanatismus mit ihrem Leben bezahlten. In Nord-Indien wütet der Religionskrieg besonders heftig. Aber auch sonst ist es in den indischen Städten zu heftigen Zusammenstößen gekommen, besonders aus Anlaß des mohammedanischen Bakrid-Festes, an dem die Mohammedaner Rüsse, die dem Hindu heilig sind, als Opfer schlachten. In Kalkutta hat sich der Religionskrieg seit einem Monat lang hingezogen. Hier war der Vorfall indischer Religionswörter vor einer Moschee der unmittelbare Anlaß zum Ausbruch der Feindseligkeit. Ebenso wie das Bakrid-Fest, ist auch das muslimantische Warran-Fest meist Anlaß zu blutigen Ausschreitungen. Im Herbst spielt die Duetra, ein religiöses Fest der Hindus, eine ähnliche Rolle als Streitobjekt. So kommt im Laufe des ganzen Jahres die Leidenschaft nicht zum Ruhen.

Dieser Religionskrieg ist in Indien fast ununterbrochen im Gange, bereit, beim kleinsten Anlaß auszubrechen, seitdem die Mohammedaner ihre Stellung als herrschende Rasse verloren haben. Unter den 320 Millionen Menschen, die ganz Indien bewohnen, sind etwa 70-80 Millionen Mohammedaner. Vor 900 Jahren betrat der Fuß des ersten mohammedanischen Eroberers indischen Boden. Damals unternahm der türkische Sultan Mohammed Ghurani einen Vorstoß gegen Indien. Bald darauf wurde ganz Nord-Indien von den Türken erobert, und es wurde in Delhi ein türkisches Königreich errichtet. Von dort aus dehnte sich die türkische Herrschaft über ganz Indien aus. Im Süden und Westen von Delhi entstanden weitere türkische Königreiche. Mit dem Sultan kamen nicht nur Türken in das Land, sondern auch Mongolen, Berber und Afghanen, die in vielen Fällen kleinere Fürstentümer gründeten. Nur im äußersten Norden von Indien vermochten die Hindus sich gegen die Eindringlinge zu behaupten. Sie schloßen dort drei friedliebende Stämme, die sich als Reich zum Behr setzten.

Mit der türkischen Herrschaft kam der Arianismus in die Religion. Die Arier, die Indien erobert hatten und die von dem Norden her eingewandert waren, führten die Religionslehre der Brahminen, die viele Jahrhunderte vor Christi Geburt schon bestand. Dann kam Buddha, der große Philosoph und reformierte die Religion und die Lebensweise der Indier. Eine neue Lehre wurde der Volksmenge der Hindus von Buddha zurückgebracht, aber bald kam der Arianismus wieder hoch. In diesem Stadium drang mit dem türkischen Eroberer der Islam in das Land. Viele Hindus nahmen den neuen Glauben an, meist aus Angst vor den türkischen Eroberern, viele auch, weil sie in dem Islam arabische Bekleidungsstücke fanden, als in dem Glauben der Hindus.

Vom Jahre 1000 bis zum Jahre 1800 war die Türkei die herrschende Rasse in Indien und dementsprechend auch der Islam die herrschende indische Religion. Während dieser Zeit wurden die Hindus oft erzwungen unterdrückt. Aber der vornehmste Hindu gab seinen Glauben trotzdem nicht preis. Er hielt fest an seiner Religion und an dem Glauben, daß seine Treue ihre Belohnung finden werde. Er sah auf den Muslimen wie auf einen Paria herab, der von dem religiösen Stand der Hindus ausgeschlossen ist. Auf der anderen Seite kann der muslimantische Indier die ganze Jahre nicht vergessen, in denen seine Rasse das Land beherrschte. Der Muslim war immer oder doch meist der bessere Krieger gewesen, während der Hindu friedlich und geduldsam und meistens rechtlich den Türken erwährent lieh.

Dieser bittere Religionskrieg, der sich jahrhundertlang in den Herzen der Indier festgefressen hat, ist, wie die blutigen Zwischenfälle immer wieder beweisen, nicht ausgerottet. Indische Politikführer wie z. B. der bekannte Gandhi, sehen sich alle Mühe, den religiösen Zwiespalt

zu überbrücken und im Volke das Gefühl eines einzigen Indiens zu erwecken. Nur wenn das gelingt, kann Indien einmal daran denken, sich von fremdem Einflusse zu befreien und sich selbst zu regieren. Aber der Zwiespalt ist durch jahrhundertlange Feindschaft zu sehr vertieft worden,

um überbrückt zu werden. Der Hindu hofft, den verhassten Muslimen eines Tages wieder los zu werden, und der mohammedanische Indier, der sich immer noch als den stärkeren fühlt, brüht Rache und träumt von einer Zeit, in der er wieder zum Schwert greifen kann.

Die Vernichtung der Janitscharen vor 100 Jahren.

Wie das erste stehende Heer gegründet wurde. — Die fünfhundertjährige Geschichte der Prätorianer des Osmanischen Reiches. — Das blutige Ende der Rebellen.

Vor einigen Wochen wurde in Konstantinopel das letzte hölzerne Staatsgebäude, der ehemalige Amtssitz des verstorbenen Scheich ul Islam, durch Feuer vernichtet. Dieser Palast war erst vor 100 Jahren in den Besitz des Großmufti gekommen, vorher hatte sich dort die Wohnung des Janitscharenaga befunden. Damit wird die Aufmerksamkeit wieder einmal auf diese vom historischen, religionsgeschichtlichen und militärischen Standpunkt aus so interessante Truppe gelenkt, deren fünfhundertjährige Geschichte zugleich auch die des Osmanischen Reiches ist, und die vor hundert Jahren, im Sommer 1826, vernichtet wurde. Seit Kara Mustafa am Karahenberg den zum Entsatz Wiens herbeigeleiteten Truppen unter Johann Sobieski unterlegen war, sank der Stern der Türkei unauflöslich. Was die äußeren Feinde dem Sultan an Macht noch ließen, entwandten ihm die Widersacher im Innern, an ihrer Spitze die Janitscharen, die vor sechshundert Jahren von Urchan, dem Nachfolger Osmans, begründet und durch Mahmud II. vernichtet worden waren. Volle fünfhundert Jahre währte die Herrschaft dieser Prätorianergarde, die sichtbar im Krieg, furchtbarer noch im Frieden war, jener Institution, die so einzigartig in der Geschichte des Kriegswesens wie der Staatsverfassungen ist, daß sie einer historischen Betrachtung wert erscheint.

Die Janitscharen sind das erste stehende Heer; sie entstanden um ein ganzes Jahrhundert vor dem Heer Karls VII. von Frankreich, der bisher als Gründer des ersten galt. Osman hatte seine Züge mit den turkmanischen Reitern, den Akindschis, ausgeführt, die vor jedem Feldzug als Reifolge ihrer Herren aufgebieten wurden. Urchan, der zweite Sultan des Reiches und sein Gesandter, stellte die erste stehende, besoldete Truppe, die Piade (Fußgänger) auf, die jedoch durch den ungeheuren Sold vermeintlich wurden und daher wieder aufgelöst werden mußten. Nun galt es, Ersatz zu schaffen. Urchan, sein Bruder und Großvater Kara Chalik Tischerberet saßen zu Rate. Tischerberet war es, der den, um mit den Worten des Historikers zu reden, „Ais durchdachten, von der größeren Menschkenntnis und herabgelassenen Politik berechneten Plan“ vorschlug, von den türkischen Turkmanen ganz abzusehen und statt dessen eine neue Truppe aus Christen zu bilden, die mit Gewalt zum Islam befehrt werden sollten, zu bilden. „Die Befestigten“, so sagte Tischerberet, „sind die Sklaven des Siegers, dem auch ihre Güter, ihre Weiber und ihre Kinder als rechtmäßiger Besitz verfallen. Durch gewalttätige Befehlung zum Islam und ihre Verwendung als Krieger würde ihr zeitliches und ewiges Wohl gefördert.“

Nach den Worten des Propheten bringt ja jedes neugeborene Kind schon die Anlage zum Islam mit auf die Welt. Diese so aus Christenkindern gebildete neue (Jeni) Truppe (Tidert) wurde also Jentidert genannt und als Janitscharen der Schrecken Europas. Die ursprüngliche Mindestzahl betrug 1000, und mit jedem Jahr wurden 1000 Christenknaben aus der Zahl

der Kriegsgefangenen der Islam und der Dienst bei den Janitscharen aufgezwungen. Bei vorwärtiger Schätzung wird man die Zahl der Christen, die auf diese Weise in fremden Dienst gepreßt wurden, auf eine halbe Million veranschlagen dürfen. Ihre Ergänzung erfolgte alle fünf Jahre durch die Aushebung des zehnten Christenkindes; gleichzeitig wurde während der Kriegszüge jeder fünfte Jüngling zum Dienst gezwungen; so waren alle europäischen Nationalitäten, mit denen die Türken in Berührung gerieten, in diesem Korps vertreten. Mit diesem Bedacht behandelte man die so entwurzelten Knaben mit äußerster Strenge, gewöhnte sie an straffe Disziplin, lehrte sie nichts anderes als Gehorsam, Zucht und Kampfeslust. Kein Wunder, daß sie an nichts dachten als an den Krieg, an Ruhm und Ehre; sie retteten in zahllosen Schlachten den Sieg; sie waren Kern und Nerv des Heeres, mehr noch: des Staatswesens, in dem kein Adel ihnen den Rang streitig machte; im Gegenteil, sie waren es, denen die höchsten Würden vorbehalten blieben.

Aber sie hielten sich nicht allzulange auf der Höhe ihres Ruhmes. Als Mohammed II. als erster Sultan den Janitscharen ein Thronbestätigungsgeheimnis verabreichte, begann schon der Mißstand, der nicht nur die moralische Verfallung der Truppe, sondern auch die Finanzen des Reiches untergrub. Unter Selim I. gab es schon Unbotmäßigkeiten und Empörungen; Blut mußte fließen, um sie zur Disziplin zurückzuführen. Eine neue, schlimmere Empörung ereignete sich unter Selim II., als dieser sein Thronbestätigungsgeheimnis auszahlte. In der Folge nahmen die Aufstände der immer übermächtiger werdenden und durch Förderung ihrer straffen Verfassung entarteten Prätorianer an Zahl und Heftigkeit zu. Sultane wurden abgesetzt und ermordet, unbenutzte Weite enthaupet, Feuersbrünste und Plünderungen in der Hauptstadt bemerkt. Es fehlte begreiflicherweise nicht an Versuchen der Sultane, die immer unbenutzbarer werdende Janitscharentruppe aufzulösen. Unter Mohammed IV. mußte der Großvezier Küprülü, einer der fähigsten türkischen Politiker, den Sultan zu sehr geschickten Maßnahmen zu veranlassen. Die Janitscharen erhielten die Erlaubnis zu heiraten, bürgerliche Gewerbe zu betreiben und jedermann in das Korps aufzunehmen. Auf diese Weise hoffte man, sie von innen heraus zu unterwühlen und ihnen das zu nehmen, was ihre Stärke war; die Disziplin und die nur aufs Kriegertische gerichtete Denkwelt Selim II. ließ obendrein noch eine neue Truppe nach europäischem Muster aufstellen, was 1807 zu einer furchtbaren Janitscharenrevolte führte, bei der die neuen Truppen, in denen die Prätorianer mit Recht ihre Feinde sahen, in einem Blutbad vernichtet wurden. 30 000 Soldaten sollten die Opfer dieses Gemekels gewesen sein.

Der Vernichter dieser entarteten und für einen modernen Krieg längst unbrauchbaren Soldateska wurde Mahmud II., der als militärischer Reformator in der Geschichte des Osmanenreiches fortlebt. Die Anfänge seiner Regierung sind von Janitscharenrebellionen durchsetzt. Mahmud mußte sich eine Zeitlang zurück; er wartete auf die Stunde, da er stark genug war. Auch er bildete eine neue Truppe, und als diese 40 000 Mann zählte, holte er zum Schlag aus. 1826 erhielt der Befehl, die Janitscharen sollten umformiert werden. Das war das Signal zum Aufstand. Die Empörer zogen auf den Fleisch-

Graf Lerchenfeld — Wiener Gesandter

Die Ernennung des Reichstagsabgeordneten Grafen von Lerchenfeld, der der Bayerischen Volkspartei angehört, steht unmittelbar bevor. Die österreichische Regierung hat erkennen lassen, daß ihr diese Ernennung willkommen wäre. Graf Lerchenfeld hat früher dem Auswärtigen Amt angehört und wurde weiteren Kreisen als bayerischer Ministerpräsident bekannt. Er ist der Neffe des langjährigen bayerischen Bundesratsbevollmächtigten.



platz, scharten sich um ihre Kessel, die ihnen als Feldzeichen dienten, und formulierten ihre Forderungen: Aufhebung des Befehls der Umformung und Auslieferung der Köpfe der verhassten Ratgeber des Sultans. Aber diesmal hatten sie sich verrechnet. Der Sultan gab nicht nach. Die Fahne des Propheten wurde aufgezogen, das Volk alarmiert, Truppen aus Wien herbeigeholt. Dreimal erging an die Rebellen die Aufforderung, zum Gehorsam zurückzukehren; jedesmal antworteten sie mit einer Weigerung und neuem Verlangen, daß die Köpfe der verhassten Minister fallen müßten. Nun wurden die Janitscharen geschickt, und der Kampf begann. An die viertausend Janitscharen wurden niedergehauen oder in ihren Kellern verbrannt. Am 17. Juni 1826 erschien eine feierliche Proklamation des Sultans, nach der das Janitscharenkorps für immer abgeschafft, der Name Janitschah mit Fluch belegt und regulär exerzierte Truppen zur Verteidigung des Reiches und des Islams berufen werden sollten. Gleichzeitig erging der Befehl, alle Kavernen der Janitscharen von Grund auf zu zerstören, ihre Wahrzeichen mit Frühen zu treten, um die Erinnerung an diese furchtbare Truppe auszuschließen. Die Zahl der niedergemetelten, hingerichteten, geköpften und ertränkten Janitscharen betrug an die 16 000; 30 000 wurden bequadtigt und in entlegene Gegenden des Reiches verbannt. Aber es dauerte nicht lange, und eine neue Verschwörung wurde entdeckt; wieder traten die Blutgerichte in Tätigkeit, und es gab zahlreiche Todesurteile und Verbannungen. Offene Aufstände in Damaskus, Sofia, Erzerum und in Bosnien wurden im Keim erstickt. Mahmud hatte das Ziel erreicht, ohne daß seine Reformen ein Torso geblieben wären.

Bwana Hakimu.

Es gibt drei Wege, ändern eine Sache, die einem am Herzen liegt, nahezubringen. Davon ist der erste der eine; der zweite: unter Aufhebung aller Gründe und Umstände, die für die Berechtigung der Sache sprechen, die ändern zu versuchen suchen; der dritte: die Sache selber ändern an Wirkfamkeit überlegen ist, habe ich dieser Tage an einem Bildlein erlebt, das mir der Zufall in die Finger gespielt hat. Wir Deutsche haben bekanntlich infolge des unglückseligen Weltkrieges außer allerlei andern, und noch nicht völlig modernisierten Gehirnen auch noch nicht völlig modernisierten Dinstern — wie Freiheit, Macht, Ehre und dem Rest — auch unsere Kolonien verloren. Und nun sieht Leute genug unter uns, die diesem Verlust lebhaft nachtrauern und die ihre Stimmen zum Protest erheben haben. Wir alle haben diese Stimmen gelegentlich gehört. Stimmen von den Schicksalsfahren des Weltkrieges auf afrikanischen Boden für Deutschland gelitten und gewonnen haben; Stimmen von Reichsgelehrten und Politikern, die den durch den Schwindel des Mandatsystems nur höchst unvollkommenen besungenen Raub brandmarkten, von dort an uns heran, die den Wahnsinn der ungeheuerlichen Verrentung unserer Wirtschaft der gleichzeitigen Verfallung wichtiger Rohstoffe karlegten. Das ist freilich all diese Propaganda ihr Ziel erlangen wird: Verändertes zu wecken für das, was unsere Kolonien gerade für uns bedeuteten, und somit Erkenntnis dessen, was wir in ihnen verloren haben, das darf stark begehrt werden. Dazu selbst unserm Volk im ganzen zu lehren, was man alle solche Arbeit immer wieder „egoismus“ getauft haben. Ja, wenn man sich den Zauber des Urwalds mit seinen phantastischen Geheimnissen, die Unermeßlichkeit der

Steppe mit ihren Wildherden, den alle Nerven spannen den Reiz fähiger Jagdabenteuer, und dazu mit der nötigen Liebe — und nicht zu vergessen: einigem Humor — die Seele des Regers richtig und lebendig nahebrachte, das wäre der rechte Weg, der, von dem ich oben sagte, daß er allen ändern überlegen sei. Das Leben jener Zone selber mühte zu uns sprechen! Genau das ist nun der Weg, den uns das Bildlein führt, auf das ich hier aufmerksam machen möchte: Bwana Hakimu. Nichterfahrtes in Deutsch-Ostafrika von Hans Büchel. (Keipzig 1923.) Ein Deutscher, der in den Jahren 1912 bis 1914 als Richter in unserer schönsten Kolonie gewirkt hat, ist sein Verfasser. Was er mit seiner Arbeit will, sagt er selber mit männlicher Klarheit in den Worten: „Nicht das oder Nach dem wollen diese Völker predigen, wenn mir auch oft beim Schreiben war, als wäre ich eine Falke an der Gurgel. Sondern um Liebe und maches Gedenken sollen sie werden.“ Und das tun diese Schilderungen denn auch auf eine kaum übertreffbare Weise. Es ist eine Arbeit mit durch und durch positivem Vorzeichen. Lebendig, bejahend, männlich, voll tiefster Einfühlung in die fremde Natur so gut wie in den fremden Menschen, und zu alledem von einem immer an der rechten Stelle sich geltend machenden Humor. Eine ganz ungemein starke Wirkung geht von diesen Blättern aus, wie sie nur sehr reines und intensives Erleben hervorbringt. Seit mehr als drei Duzend Jahren habe ich die Sehnsucht meiner Jugend nicht mehr so lebhaft gespürt wie bei dieser Lesüre, jene Sehnsucht nach Abenteuern in der Freiheit fernher Bildnisse, wie sie in uns allen schlummert. Und was mehr als das sagt: nie ist mir so deutlich geworden, was jenes tropische Neuland, vom Politischen und Wirtschaftlichen ganz abgesehen, für uns von lauter Zivilisation und Reglementiertheit verborgene und verlorene Deutsch-Europäer bedeuten — oder doch bedeuten kann — als ein Neuland geistiger und seelischer Art. Und ich begreife es bis nahe ans Beneiden hin, wenn der Verfasser erzählt, daß selbst die Frauen der Farmer, nach jahrelangem Elend aus englischer Gefangenschaft verarmt und schwer enttäuscht

nach Deutschland zurückgebracht, ausnahmslos versicherten: „Wenn ich nur könnte, noch heute kehre ich nach Afrika zurück.“ Wort für Wort aber unterschreibe ich die Zeilen, in denen das Buch ausklingt, und wünsche mit dem Verfasser von ganzem Herzen, daß es recht bald wieder eine deutsche Jugend geben möge, der es vergönnt sei, nicht als müßige Gäste, nicht als Abenteuer ohne höheres Ziel oder als Mittel zum fremden Gold, sondern als Mitarbeiter, als Mitverantwortliche an der hohen Menschheitsaufgabe, diese wilden zukunftsreichen Länder zu erschließen, zu befruchten, zu entwickeln als Deutsche, die der Welt zu zeigen haben, wie wir diese gemeinsamen großen Probleme der Kolonisation anfaßen.

Sei denn zum Schluß das Buch jedem Deutschen empfohlen; feiner wird es ohne Bereicherung aus der Hand legen.

Albert Seixner.

Kolonische Kürze. Die Spartaner befeiligten sich bekanntlich in Reden und in der Unterhaltung der denkbar größten Kürze, nicht weil ihnen schon damals der Gedanke gekommen wäre, daß Zeit Geld ist, sondern lediglich aus der Erkenntnis heraus, daß Wortfargausheit für einen Mann eine Tugend bedeute. Einmal hatten die Einwohner einer Insel im Ägäischen Meer zur Zeit einer furchtbaren Hungersnot einen Gesandten nach Sparta geschickt, um beim Rat der Ephoren Hilfe zu erbitten. Der Gesandte schilderte in bewegten Worten die Not der Inselbewohner, rühmte die erprobte Freigebigkeit der Spartaner und erbat ihre schleunige Hilfe, wobei er die Schilderung mit dem geringsten Aufwand an Worten zu befrachten bemüht war, da er ja wußte, wie empfindlich die Spartaner in diesem Punkte waren. Zu seinem Schrecken wurde ihm die Antwort: „Wir haben das Ende deiner Rede nicht verstanden und über dem Wortschwall den Anfang wieder vergessen.“ Die hungernden Inselaner erwählten darauf einen zweiten Gesandten, dem



Die größten Städte Deutschlands. Nach der letzten Volkszählung verteilt sich die Bevölkerung Deutschlands auf insgesamt 63 580 Gemeinden. Unter diesen sind 45 Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern, darunter wiederum 20 Großstädte mit mehr als 250 000 Einwohnern. Im Jahre 1871 betrug der Anteil der Großstädte an der Gesamtbevölkerung nur 4,8 Prozent, im Jahre 1925 dagegen 26,7 Prozent.

Das Grund- und Gewerbesteuergezet in 2. Lesung angenommen.

Mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie endgültig angenommen.

Karlsruhe, 7. Juli.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Novelle zum Grund- und Gewerbesteuergezet.

Aussprache

behandelt Abg. Duffner (Ztr.) die Waldstraßen vom Standpunkte des Praktikers aus. Der Redner begründet einen Antrag, die Regierung wolle bei den Ausführungsvorschriften zu § 30 dafür Sorge tragen, daß von dem 40pro. Zuschlag auf Antrag abgesehen werden kann, sofern es sich um Verjüngungsflächen handelt.

Abg. Hermann (Ztr.) erklärt, daß seine Fraktion die Vorlage nach wie vor ablehnen müsse, weil die Verbesserungsversuche, die eine Mehrbelastung des Gewerbes verhüten sollten, nicht angenommen wurden.

Man habe darauf verzichtet, Anträge zu stellen, da sie doch keine Mehrheit finden würden. Wir vermögen daher die Verantwortung für das Gesez nicht mitzutragen, das für die kleinen Leute eine doppelte Einkommensbesteuerung bedeutet. Der Redner erinnert an die lebhaften Klagen aus dem Handwerk und vermehrte sich entschieden gegen den von sozialdemokratischer Seite erhobenen Vorwurf, als ob die Führer des Handwerks die Steuerpflichtigen zur unrichtigen Abgabe der Steuererklärung zu verleiten suchten.

Abg. Engelhard (Ztr.) setzt sich für eine wohlwollende steuerliche Behandlung der Wälder ein.

Abg. Nücker (Soz.) wendet sich gegen die Auflassung des Abg. Hermann, daß nun die Handwerker doppelte Einkommensteuer bezahlen müssen.

Abg. Dr. Mattes (D.Vpt.) beantragt nochmals die auch zur zweiten Lesung gestellten demokratisch-volksparteilichen Anträge, die der steuerlichen Gerechtigkeit und der allgemeinen Wirtschaftslage entsprechen.

Abg. Hoffmann (Dem.) tritt der Auffassung entgegen, als ob seine Partei mit ihrer ablehnenden Stellung zum Verteilungsmodus die Großindustrie begünstigen wolle. Der Redner weist aber darauf hin, daß das badiische Wirtschaftsleben außerordentlich schwer unter den gerade zu dieser Jahreszeit ungewöhnlichen Verhältnissen und Arbeitslosigkeit leide und außerhande sei, eine steuerliche Mehrbelastung zu tragen, den Antrag auf Herabsetzung der Steuergrundbeträge hätte man einer genaueren Nachprüfung unterziehen sollen.

Der Redner bittet um weitgehende Anwendung des § 18 (Anerkennung) und wie schon der Abg. Dr. Mattes um eine gütigere Verlesung der Voraussetzungsstermine.

Abg. Hermann (Ztr., Bga.) erklärt gegenüber dem Abg. Nücker, daß er (Hermann) sich nur von sachlichen Beweggründen leiten lasse. Er hält daran fest, daß die Grund- und Gewerbesteuer bis zu einem gewissen Grade eine Doppelbesteuerung bringe. In dieser Auffassung stehe er nicht allein. Das selbst-erarbeitete Einkommen des Handwerkers von 2500 Mark sollte von der Gewerbesteuer freibleiben.

Abg. Dr. Führ vertritt nochmals den Standpunkt des Zentrums, das an den Beschlüssen der ersten Lesung festhält.

Es entpinnert sich im weiteren Verlauf der Sitzung eine heftige Polemik zwischen dem Abg. Führ (Ztr.) und dem demokratischen Abg. Glodner. Es dreht sich dabei um Äußerungen Führs im Haushaltsausschuß über Unterhaltungsgehälter höherer Beamter in Krankheitsfällen. Der Abg. Glodner hat auf Grund dieser Äußerungen den Eindruck erhalten, daß die Stellungnahme Führs in diesem Falle, nicht gerade auf eine beamtenfreundliche Einstellung schließen lasse, jedenfalls soweit es die höheren Beamten angehe. Diese Ansicht Glodners wiederum hat den Zorn des Abg. Führ erregt, der sich heute ganz entschieden gegen den Vorwurf der Beamtenfeindlichkeit vermahnte. Es entspann sich eine längere, teilweise sehr erhitzte Unterhaltung zwischen Führ und Glodner mit dem Ergebnis, daß der Abg. Glodner auf seiner Ansicht beharren blieb, trotz der Proteste des Abg. Führ.

Die jüngste Unwetterkatastrophe.

Von Dr. Schmidt, Bad. Landeswetterwarte.

Aus zahlreichen Gegenden Nord- und Mitteldeutschlands kamen Meldungen von schweren Unwettern, die am vergangenen Sonntag und stellenweise auch Montag umfangreiche Verwüstungen angerichtet hatten und bei Berlin durch unglückliches Zusammentreffen von Begleitumständen noch Menschenleben vernichteten. Angefichts solch schwerer Folgen entsteht das Verdachts, die meteorologischen Ursachen des genannten Naturereignisses nachzuprüfen. Zu diesem Zwecke mögen einige kurze Worte über die in der Meteorologie gebräuchliche Klassifikation der Gewitter vorausgeschickt werden.

Der größte Teil (nahezu 70 Prozent) der Gewitter in unseren Breiten entsteht infolge der täglichen Wärmeperiode. Das Temperaturmaximum des Nachmittages in den unteren Schichten der Atmosphäre verursacht die Bildung dieser Gewitter, die deshalb kurz Wärmege-witter genannt werden. Ihre Entstehung wird begünstigt durch ziemlich gleichmäßig verteilten Luftdruck und größere Luftfeuchtigkeit; dementsprechend fehlen allgemeine fröhliche Luftströmungen. Besonders häufig werden diese Gewitter in einem Luftdruckstapel zwischen zwei Hochdruckgebieten beobachtet. Unter den genannten Voraussetzungen tritt Überwärmung der unteren und mittleren Schichten der Atmosphäre ein. Auf geringe Veranlassungen hin durchbricht eine dert erwarmlte und damit spezifisch leicht gewordene Luftmasse die darüber lagernden Luftschichten und kühlt sich dabei rasch ab, wobei ihr Wasserdampfgehalt zu mächtigen Wolkenmassen ver-

Damit ist die Aussprache beendet. Die Einzelberatung geht ohne Debatte von statten. Alle Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Gesamtsitzung

wird das Gesez mit den 37 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie gegen 19 Stimmen der Bura, Bga., der Demokraten und Kommunisten bei 7 Enthaltungen (D.V.P.) nach den Beschlüssen der ersten Lesung in zweiter Lesung angenommen.

Gegen 1 Uhr wird die Sitzung auf nachmittags 1/4 Uhr verlegt.

Debatte über den Potemkinfilm.

Am Nachmittag steht die Interpellation der Deutschen Volkspartei, die sich gegen die polizeiliche Genehmigung der Vorführung des Potemkin-Films richtet, auf der Tagesordnung. Derselbe wird vom Abg. Bauer begründet. Er stellt fest, daß der Film russischen Ursprungs sei. Er sei zuerst beantragt, dann aber auf Veranlassung von der Oberprüfungsstelle freigegeben worden. In Würtemberg, Thüringen und Hessen habe der Minister des Innern den Film verboten. Durch Verfügung des Reichswehrministeriums sei es den Reichswehrsoldaten untersagt, die Vorführung des Films zu besuchen. Auch Frankreich und England hätten den Film, weil er die Anubordination verberrliche, verboten. Nur in Baden werde nichts dagegen unternommen.

Der Redner, der häufig durch Zwischenrufe von links unterbrochen wird, bezeichnet den Film als ein ausgesprochen bolschewistisches Tendenzwerk, als antimilitärisch und die Meuterei verherrlichend, als ein Werk, das wie Gift auf den frischen Körper des deutschen Volkes wirken muß.

Er zitiert Äußerungen aus der kommunistischen Presse und Äußerungen russischer Führer wie Trotzki, zum Beweise dafür, daß auf dieser Seite das Kino als ausgezeichnetes Propagandamittel gilt und der revolutionäre Charakter des Potemkinfilms offen zu Tage tritt.

Es sei zu bedauern, daß in dieser Angelegenheit der Minister nicht seinem Leitmotiv gefolgt sei, alles zurückzumeisen, was der Ordnung im Staate entgegenstehe. Daß die Sozialdemokratie die bolschewistische Propaganda unterstütze, könne nicht verwundern, nachdem sie kürzlich beim Volksentscheid eine „Liebesbeise“ mit den Kommunisten eingegangen sei. (Aha, Nücker ruft: Sie haben eine Ahnung von dieser Liebesbeise.) Alle bürgerlichen Parteien sollten aber daran interessiert sein, daß dieses Gift nicht in das Volk zerstreut wird.

Der Redner betont, daß die Interpellation nichts mit Parteipolitik zu tun habe; sie sei aus dem deutschen Empfinden heraus gestellt. (Beifall rechts.)

Innerminister Remmele weist auf die ihm durch das Lichtspielgesez gezogenen Schranken hin und stellt fest, daß von Polizei wegen nur dann eingeschritten werden könnte, wenn die Voraussetzung des § 30 unseres Pol.-Strafgesetzbuches vorliege, wenn nämlich ein zugelassener Film zu allgemeinen Störungen der öffentlichen Ordnung führen würde. Sonst sei ihm das Recht genommen, ein Verbot auszusprechen. Was in Würtemberg, Thüringen und Hessen gescheh, beruht auf politischen Erwägungen und steht mit der Rechtsgrundlage auf gespanntem Fuße.

Der Minister verliest zur Erläuterung der juristischen Seite eine längere Erklärung rein formal-juristischen Inhalts und fährt dann fort: Eine polizeiliche Genehmigung zur Vorführung des Films wurde nicht erteilt. Sie kommt auch nicht in Frage, da der Film durch die Oberprüfungsstelle Berlin unterm 10. April ds. Js. mit gewissen Einschränkungen zur öffentlichen Vorführung im gesamten Reichsgebiet — ausgenommen vor Jugendlichen — zugelassen wurde. Die Oberprüfungsstelle hat in dieser Entscheidung betont, daß der Vorführung des Filmbreitens in Deutschland keine gegenwärtige und unmittelbare Gefährdung der öffentlichen

Ordnung oder Sicherheit nicht erwachsen und angesichts der Bestimmung des § 1, Absatz 2, Satz 3 des Lichtspielgesezes, monach lediglich wegen einer politischen, sozialen, religiösen, ethischen oder Weltanschauungsstendenz die Zulassung eines Films nicht verweigert werden kann, entfällt jede Möglichkeit, den Filmbreitens von der öffentlichen Vorführung auszuschließen. Der Badische Verwaltungsgerichtshof hat anlässlich eines polizeilichen Verbots des Films „Fredericus rex“ vom 28. September 1922 ausdrücklich entschieden, daß die Polizeibehörde nicht befugt sei, die weitere Aufführung eines auf Grund des Lichtspielgesezes von einer Prüfungsstelle zugelassenen Films wegen seines Inhalts zu verbieten.

Freundliche Umstände, welche eine andere Beurteilung der Wirkung der Aufführung des Films in Baden rechtfertigen würden, sind der Regierung nicht bekannt geworden. Ob und welche besonderen Gründe ein Verbot des Films in Stuttgart geboten erscheinen ließen, ist der Regierung nicht bekannt.

Das Haus beschließt die

Aussprache.

Abg. Reichleiter (Komm.) beirreitet den Charakter des Films. Er sieht im Panzerkreuzer Potemkin den Rindier der neuen Zeit.

Abg. Scheel (Dem.) urteilt dahin, daß der Film weder künstlerisch noch politisch irgendein Anlaß zur Anregung biete. Er sei mit der Antwort des Ministers einverstanden.

Abg. Nücker (Soz.) schließt sich den Darlegungen des Vorredners an. Er entgegnet dem Abg. Bauer, daß die Sozialdemokratie seit 1918 entschlossen den Kampf gegen die kommunistische Gefahr geführt und den neuen Staat mit aus den Trümmern retten half.

Die polizeilichen Ausführungen des Abg. Nücker lösen auf der Rechten erregte Zwischenrufe aus.

Für die Bürgerl. Vereinigung spricht Abg. Schmitzbeuner. Er sagt: Wir hätten gewünscht, daß sich der Minister auf der Seite der deutschen Ministerkollegen befände, die sich gegen den Film erhoben haben. Es sei Pflicht der Regierung, Mängel des Rechts zu erheben. Vom rein staatspolitischen Gesichtspunkt aus betrachtet, hält es der Redner für eine Selbstverständlichkeit, daß der Film verboten werden müsse. Diese Frage habe mit Parteipolitik absolut nichts zu tun. Der Film sei auf Deutschland gemünzt und auf massenpsychologische Wirkung eingelegt. Während der Film „Fredericus rex“ die Idee der höchsten Selbsttötung, der Unterordnung der Triebhaftigkeit unter Gesetz und Staat, die Idee der staatspolitischen Pflicht verkörperte, verleierte der geistige Inhalt des „Panzerkreuzers Potemkin“ gerade das Gegenteil, nämlich die Idee der Staatszerstörung. Es bestעה die Gefahr, daß die Unfreien von diesem Gift anaetrefren werden. Weil wir aber die Staatsmeinung erhalten wollen, müssen wir fordern, daß der Film verboten wird.

Innerminister Remmele: Ich vermahne mich dagegen, daß man mir unterstellt, ich hätte mich hinter die juristische Seite verdedant. Ich habe betont, daß eine andere Stellungnahme nicht in Frage kommt, es sei denn, daß wir wieder eine Zurückweisung seitens des Verwaltungsgerichtshofes riskieren. Die Oberprüfungsstelle ist eine Reichsbehörde und unterliegt der Aufsicht der Reichsregierung. Meine politische Auffassung preiszugeben, indem ich auf die Seite der andern deutschen Ministerkollegen trete, werden Sie mir nicht zumuten wollen. Ich habe keinen Grund, die politische Seite in Betracht zu ziehen und glaube, daß die Reichsbehörden schon von sich aus das Erforderliche getan haben würden. Man möge die Klagen an die zuständigen Stellen richten.

Der Präsident gibt folgenden, von Deutscher Volkspartei und Bürgerl. Vereinigung eingebrachten

Antrag

bekannt: „Die Verantwortung der förmlichen Anfrage entspricht nicht der Anschauung des Landtages.“

Abg. Hoffmann (Ztr.) ist überzeugt, daß Abg. Bauer aus vaterländischer Sorge und im Interesse der ruhigen politischen Entwicklung die Anfrage begründet hat. Er ist aber nicht überzeugt, daß der Zweck erreicht wurde. Auch der Landtag könne sich über die Gesezgebung nicht hinwegsetzen.

Abg. Bauer (D. Vpt.) setzt sich im Schlußwort mit den Gegnern auseinander, wobei zumessen im Hause große Unruhe herrscht.

Der Minister sieht sich veranlaßt, festzustellen, daß er für seine Amtshandlungen keine parteipolitischen Instruktionen empfangen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird der erwähnte Antrag mit 36 (Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten) gegen die 16 Stimmen der Antragsteller bei Stimmenthaltung zweier Kommunisten abgelehnt.

Nächste Sitzung unbestimmt. Schluß nach 7 Uhr.

Sozialpolitische Rundschau

Erweiterter Kündigungsschutz für ältere Angestellte.

Der Reichstag hat in seiner letzten Sitzung im Rahmen der Maßnahmen zum Schutze der älteren Angestellten ein Gesez beschlossen, das die jetzt bestehenden Kündigungsfristen für den Arbeitgeber verlängert. Nach dem neuen Gesez kann ein Arbeitgeber keinen Angestellten nach 5jähriger Dienstzeit nur mit mindestens einer Frist von 3 Monaten zum Schlusse des Kalenderjahres kündigen. Nach einer Dienstzeit von 8 Jahren erhöht sich die Kündigungsfrist auf 4 Monate, nach einer Beschäftigungsdauer von 10 Jahren auf 5 Monate und nach einer Beschäftigungsdauer von 12 Jahren auf 6 Monate. Bei dem Wechsel des Geschäftsinhabers wird die bei dem Rechtsvorgänger verbrachte Dienstzeit mit angerechnet. Das Gesez sieht vor, daß die neuen Kündigungsfristen auch für die ab 15. Mai 1926 ausgesprochenen Kündigungen gelten. Die vertraulich vereinbarte Kündigungsfrist des Angestellten gegenüber dem Arbeitgeber wird durch die verlängerten Kündigungsfristen nicht aufgehoben.

Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Badischen Kriegerbund.

Der Landesabgeordnetentag des Bad. Kriegerbundes hat die Bildung eines eigenen Verbandes vorgezogen. Der Vorschlag wird mit der Erklärung begründet, daß die Betreuung der Kriegesopfer in ihren berechtigten Forderungen an Versorgung und Fürsorge nicht weiter anderen Organisationen überlassen werden solle, daß ferner die bisherige Einrichtung einer beratenden Stelle und der ehrenamtlichen Vertreter vor den Versorgungsausschüssen in keiner Weise mehr den im Zunehmen begriffenen Anforderungen genüge und daß die Beitragsleistungen für Betreuung durch andere Organisationen eine solche Höhe erreicht hätten, daß eine Ablösung durch den Bund für unentgeltliche Betreuung dringend geboten erweise. Gedacht ist die Organisation so, daß die Spitze mit dem Präsidenten vereinigt wird, daß der Vorstand Mitglied des Präsidiums ist und im Verordnungsrecht Sachmann sein muß. Einem Hauptauschuß unterstellt werden die Gau- oder Bezirksgruppen. Die gesamte Kascharbeit aller Gruppen wird in vier Bundesgeschäftsstellen am Siege der Verordnungsämter Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz erledigt.

Tarifregelung im Gastwirtsgewerbe Badens.

Der Zentralverband der Hotels, Restaurationen und Kaffeeangestellten wird ausgeschrieben. Nachdem der Badische Gastwirtverband am 15. März 1926 das Bundesmantelabkommen im Gastwirtsgewerbe gekündigt hatte und die geführten Verhandlungen auf keinem Ergebnis führten, fällt der Schlichtungsausschuß Karlsruhe unterem 22. Juni 1926 einen Schiedsspruch, welcher durch Mantelbestimmungen die Arbeitsbedingungen der gastwirtshilfflichen Angestellten wieder regelt. Der Badische Gastwirtverband hat nunmehr den Schiedsspruch angenommen. Es ist somit für die gastwirtshilfflichen Angestellten von Baden erneut eine Tarifregelung erfolgt.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Veretzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern: Ernann: zu Verwaltungsschlichter der Badmeister Alfred Reidig in Mannheim, der Badmeister Bruno Mülle in Kattwil und der Badmeister Bruno Stadler in Karlsruhe. Planmäßige Angestellte: Polizeikommissar Karl Selman als Polizeihilfsbeamter. Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: Ernann: Verwaltungsschlichter Reinhold Karst zum Kanaloberleiter.

richtet wird, die sich in Regen, Hagel und elektrischen Erscheinungen (Wit) entladen.

Von den Wärmegewittern werden die Wirbelgewitter unterschieden, die dadurch charakterisiert sind, daß sie sich unter dem Einflusse einer Luftdruckdepression bilden und als deren Randerscheinungen aufzufassen sind. Sie treten weniger lokal auf und entstehen im Sommer meist am südlichen Rande einer Depression und zwar im Gebiet größerer Wärme. Dementsprechend beschränken sie sich auf das Land und die wärmere Tageszeit. Grundförmlich unterscheiden die Wirbelgewitter sich von den Wärmegewittern dadurch, daß sie frontartig auftreten (daher auch „Frontgewitter“) und mitunter eine große Fortpflanzungsgeschwindigkeit aufweisen.

In Grenzgebieten zwischen kalten und warmen Luftmassen entstehen ebenfalls während der wärmeren Jahreszeit zahlreiche Gewitter, die neuerdings als besondere Klasse aufgefakt werden. Die genannten Bedingungen können eintreten, wenn im Westen von Europa der Druck rasch steigt und zugleich kalte Luft sich feilartig unter die wärmere schiebt. Die warme Luft wird dann gewaltsam hochgehoben, wobei der Wasserdampfgehalt kondensiert. Auch wenn die Temperaturunterschiede nicht neben, sondern übereinanderliegen, werden in der Diskontinuitätsfläche (Grenzfläche zwischen kalter Luft unten und warmer Luft oben) Wolken- und Gewitterbildungen beobachtet.

Sind die großen Frontgewitter von orkanartigen Windstößen begleitet, so spricht man auch von Gewitterböen. Die Luftdruckverteilung im Bereiche einer solchen ähnel einer Rinne niederen Luftdrucks und ist durch scharfen Temperaturgefäng auf beiden Seiten der Rinne

gekennzeichnet. Die Gewittererscheinungen selbst sind dabei nicht immer längs der ganzen Front zu beobachten.

Nach den vorstehenden Erläuterungen werden die Bedingungen für die Entstehung des erwähnten Unwetters verständlicher. Nach der allgemeinen Wetterlage vom Sonntag ist das Ereignis zur zweiten Klasse, den Wirbelgewittern, zu rechnen. Mit zunehmender Erwärmung stieg über dem nördlichen Deutschland die Instabilität der Luftschichtung. Demzufolge entwickelte die vom Baltikantief abgesehte Druckstörung sich über Deutschland im Laufe des Sonntags zu einem selbständigen Tiefdruckwirbel. In seinem Südrande führte das abnorme Temperaturgefälle im Verein mit sich bildenden Konvergenzen (aufeinander stößende Strömungen) verschiedener Temperatur) zu schweren, stellenweise wolkenbruchartigen Regenfällen und Gewittern mit Hagel. Bemerkenswert bei dem Ereignis ist die Tatsache, daß die Depression nach Westen zog, während in der Regel die östliche Richtung bevorzugt wird. Auch im vergangenen Jahre wurde im August ein ähnliches Frontgewitter beobachtet, das von Frankreich her über Deutschland hinwegzog, aber nur in Holland, an der Nordküste und in Böhmen schwere Schäden verursachte.

Kleines Feuilleton.

Süngernde Diamantenarbeiter. In Südafrika ist vor ungefähr einem Monat bei Glandsbutte ein neues Diamantefeld in Betrieb genommen worden, das von mehr als 16000 Diamantenarbeitern förmlich überannt wurde. Es herrscht jetzt dort das denkbar größte Elend, da die bisherigen Diamantenfunde nicht im geringsten den

föhnen Erwartungen entsprochen haben. Tausende der Gräber sind dem Verhungern nahe. Die meisten Familien nähren sich lediglich von Haferluppe. Die Nahrungsmittel sind wegen des geringen Angebotes und wegen schlechten Transportes unerschöpflich teuer. Für das Wasser allein muß der Einzelne in der Woche 50—60 Mark zahlen. Mit den Gräbern kamen vor vier Wochen auch Spekulanten, die große Panzeralen und Bergungsmaschinen bauten. In den ersten Tagen herrschte dort Hochbetrieb, aber jetzt ist alles verlassen. Es sind bisher nur ganz kleine und minderwertige Steine gefunden worden. Infolgedessen geben diese das Gerede auf. Diejenigen, die trotz aller Enttäuschungen dem Diamantentale nachzulaufen, werden mit jedem Tage weniger.

Ein gefährlicher internationaler Verbrecher ist in Barcelona verhaftet worden. Es handelt sich um einen gewissen Emilio Navarro, der sich in Luxus-Hotels in Biarritz und dann die Wohnung eines ganzen Stockwerkes mit Chloroform betäubte und ausplünderte. Ein erster Streich dieser Art gelang ihm im vorigen Jahre in dem Hotel National in Madrid, kurz nachdem es eröffnet worden war. Alle Hotelgäste des ersten Stockwerkes wurden in entschuldeter Weise mit Chloroform betäubt und entwendeten fröhlich nach ihrem Erwachen, daß sie betäubt waren. Emilio Navarro entkam damals nach einer Deute von mehr als hunderttausend Mark nach Südamerika, wo er in einem Hotel in Rio de Janeiro daselbstes Stück vertrieb. Dort fielen ihm sogar mehrere Millionen in die Hände. Jetzt hielt er sich in Brüssel auf und wurde von dort aus von einem Detektiv verfolgt, der ihn in Barcelona fehmah.